

Kampfkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Kampfkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,90 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenstraße 14. Tel.: 210 4 (Abd.); 210 47 (Beratung)

Mit der Illustrierten Arbeiterzeitung
Der Rote Stern

Einzelheft: 15 Pf. für den mit Foto und Spalte; 1 Mark im Festpreis. Abonnenten-Abschluß des Sozialistischen Kultur, Commerce- und Betriebs-Rat Halle. Postfachnummer: Leipzig 994 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenstraße 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 3. Mai 1932

12. Jahrgang Nr. 103

Bauarbeiter im Streit gegen Lohnraub!

In Halle, Berlin und Leipzig Streiks in roter Einheitsfront unter Führung der KGD — Die Bauarbeiter geben das Signal für die Chemieproleten, für die Gemeindefunktionäre, die Eisenbahner und alle vom Lohnraub Betroffenen — Die reformistischen Streikbrüderorganisationsgegner gegen Kampf — Freigewerkschaftler, laßt euch nicht als Streikbrecher mißbrauchen, schließt rote Einheitsfront

Am gestrigen Montag trafen in Halle die Baubeschäftigten der Firmen Schmidt & Richter und Hoffmann & Tiegelman in den Streik. Die Unternehmer hatten am Sonntagabend Nöcker vorgelegt, daß jeder Bauarbeiter ab 2. Mai zu 80 Pfennig Stundenlohn weiterarbeiten könne. Bis zum 30. April betrug bekanntlich der Lohn 1,03 Mark in der Spitze. Die Streiks stehen unter Führung des roten Verbandes. Es beteiligen sich rote Verbände wie Kollegen, die im KGD organisiert sind, am Streik.

Die im KGD organisierten Kollegen rufen dem ganzen Bauern auf die Bude, um die Entlohnung der Streiks für die Gewerkschaftslogen zu erreichen. Der Vorstand erklärt: „Streik kommt gar nicht in Frage. Arbeit für den neuen Lohn weiter, bis der Schiedsspruch gefällt ist. Vorläufig ist es doch noch nicht so weit.“

Und als ihm die Kollegen Vorhaltungen machten, daß die Gewerkschaft gar nicht eingreife, äußerte er: „Wenn es

ganzen Arbeiterklasse ersicht Einheitsfront erreichen. Wird das vernünftigt werden, was die KGD und die KGD in ihrem Namen an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geht hat: „Wir Kommunisten und Mitglieder der KGD und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen, wir erklären: Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohnraub und Unterdrückung führen wollen, gemeinsam zu kämpfen.“

Chemieproleten, Eisenbahner, Arbeiter, Landproleten, ihr alle müßt jeden Lohnraub mit Streik beantworten!

Auch Berliner Bauproleten streiken!

Bekannt ist die Belegschaft der Firma Hermann Streubel GmbH auf der Baustelle Struvenhof in Ludwigsfelde bei Berlin in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen einen angeblichen Lohnabbau von 21–28 Prozent.

Bauarbeiterstreik in Leipzig

Am 30. April sind die Bauarbeiter der Firma Henker, Hoyer, Zier, und Betondam, Leipzig, in den Streik gegen den von den hiesigen Unternehmerverbänden gebotenen Lohnabbau in Höhe von 25 bis 30 Prozent getreten. Heute morgen stehen auf etwa 16 Baustellen 500 Bauarbeiter im Kampf.

Kampfkongress der Bauarbeiter Stuttgarts

Die Bauarbeiter hielten im Sillenburger Waldheim eine Konferenz der Bauarbeiter ab. Die zahlreich erschienenen Delegierten der Baustellen begrüßten den Appell der KGD „An alle Arbeiter“ und beschloßen, in Einheitsfront unter Führung des roten Bauarbeiterverbandes sofort alle Kampfmaßnahmen gegen den geplanten Lohnraub einzuleiten. Überall sollen auf den Baustellen Versammlungen durchgeführt werden.

Blutmai 1932 in Nanjing

Der Antikriegstag im Fernen Osten — Aufmarsch vor Japans Konsulat in London

Shanghai, 2. Mai. Die Blutwoche in Nanjing hatte sich eine besondere Schändlichkeit ausgedehnt: In Nanjing wurden am Morgen des 1. Mai 25 Kommunisten öffentlich enthauptet. Die Empörung der Massen war grenzenlos. In allen Stadtvierteln überfluteten die Demonstrationen die Straßen, Polizeibeamtungen wurden überannt, zahlreiche Polizisten zu Boden getreten und schwerverletzt. Unter Todesgefahr hielten kommunistische Agitatoren Ansprachen an die Menge. An verschiedenen Punkten wurden rote Banner mit Hammer und Sichel entrollt.

Totio, 2. Mai. Der von der Polizei gesteuerte Aufmarsch der Sozialdemokratie in Totio, die für den imperialistischen Krieg, für die Annexión der Mandchurien, für die freigezwungene japanische

So wird „sanieret!“

Zwei kleine Notizen zuvor: Halle, 3. Mai. Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erklärte gestern, daß bei der Sanierungsaktion für die Banken der Verlust des Reiches etwa 400 Millionen Mark betragen würde.

Der ehemalige hiesige Minister Dr. Wille sprach in Leipzig in einer Versammlung des „Volksbundes für Arbeitsdienst“ (Was ist auch schon da? K.) über diesen Vortrag berichtet heute morgen die „Neue Leipziger Zeitung“:

Mit aller würdevollen Deutlichkeit geistete Dr. Wille die Arbeit der Nationalisierung. Sie hat uns 85 Milliarden gekostet und ihre Wirkung war nur eine ungeheure Verhärtung der Arbeitslosigkeit.

Als Ausweg empfiehlt der außer Dienst gestellte Staatsminister die Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Vor einigen Tagen brachte dieselbe Zeitung, der wir dieses Zitat entnehmen, eine ganze Serie beigezierter Artikel für die Durchführung der Groenerischen Pläne zur Bildung der nationalen Jugendorganisation, deren Aufgabe Arbeitsdienstpflicht und Militarisierung der Jugend sein soll. Alle sind sich einig, von den Nazis bis zur SPD, daß das der nächste Schritt ist, um weitere Abschließung des Proletariats und einen weiteren Schritt in der Aufrüstungsfrage durchzuführen.

Aber in diesen Zeiten wollen wir folgendes feststellen: Nicht gegen die Verwirklichung der kapitalistischen Nationalisierung, sondern gegen die Nationalisierung der Arbeiterklasse zu kämpfen. In dieser Hinsicht ist die Nationalisierung der Arbeiterklasse zu empfehlen. Die Kommunisten und die KGD haben

Zu diesen gehört auch das Krämpfersystem. Aber die Arbeiterklasse hat sehr wohl begriffen, daß auch das nur ein raffiniertes Mittel ist, um auf ihre Kosten die Profite der Unternehmer sicherzustellen. Und so können es die sozialistischen Einheitsfront dieser kapitalistischen Stützungsaktion heute zum Beispiel im Rahmen der Nationalisierung der Arbeiterklasse zu empfehlen. Die Kommunisten und die KGD haben

Wieder Sowjetrußen verhaftet

Charbin, 2. Mai. In Charbin verhaftete mandchurische Polizei zwölf Sowjetrußen, Angestellte der Nöckerbahn, unter der kaiserlichen Beschuldigung, sie hätten sich an der Organisation von illegalen Demonstrationen beteiligt. Trotz Protestes des Sowjetkonsuls läßt die mandchurische Regierung die Verhafteten nicht frei, sondern betreibt ihre Verurteilung durch ein mandchurisches Gericht.

Blutmai 1932 in Nanjing

Der Antikriegstag im Fernen Osten — Aufmarsch vor Japans Konsulat in London

Regierung eintritt, wurde von 5000 Polizisten geschickt. Trotzdem gelang es den illegal unterirdischen Organisationen der arbeitenden Kommunisten, an verschiedenen Punkten lokale Protestaufmärsche zu organisieren. Rote Fahnen und Transparente mit Slogans gegen den Raubkrieg, für die Sowjetunion, für den Sozialismus wurden entrollt. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden 20 Arbeiter verletzt und über 300 Revolutionäre verhaftet.

London, 2. Mai. Im Hyde-Park marschierten 15.000 Arbeiter auf. Als Antwort auf den Befehl des revolutionären Weltkomitees, vor der japanischen Besetzung einen Protestaufmarsch gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen, war das ganze Viertel mit starken Polizeikräften besetzt. Die Demonstranten durchbrachen die Polizeireihen und drangen bis zum Gebäude vor.

noch nicht mehr paßt in der Organisation, dann geht eure Wut her!“

Ueber die freche, unerschämte Haltung der Gewerkschaftslogen herrscht die größte Erregung unter den Kollegen. Die Belegschaft einer Baustelle in der Friedrichstraße forderte das Gehaltskonto auf der Baustelle. Kraus sich sagen, daß er nicht hinfame, denn er träte für Unorganisierte und KGD-Mitglieder ein.

Die Bauarbeiter des Zimmererverbandes benehmen sich nicht besser als die des Baugewerksverbandes. Der Angestellte Henegat Förster wußte längst, was die Wode geschlagen hatte. Als er in der vorigen Wode auf der Baustelle Zierentische erschien, ging er zum Bauarbeiter der Firma und unterrichtete diesen, daß 15prozentiger Lohnabbau käme. Der Belegschaft sagte er nichts. Der Bauarbeiter mußte dann ausrichten, daß in anderen Städten ein 20prozentiger Lohnabbau durch Schiedsspruch schon beschieden sei, daß man also gut daran wäre, wenn „nur“ ein Lohnabbau von 15 Prozent eintritt.

Die I. G. Farben-Aktionäre muten den Chemieproleten einen neuen riesigen Lohnabbau zu, bei den Eisenbahner sollen Feierlichkeiten eingeleitet und Massenentlassungen vorgenommen werden, soll das Besondere ist, daß jetzt schon weiter vorangetrieben werden. Selbst den Landproleten sollen ihre erbärmlichen Löhne verringert werden. Die Kapitalisten fragen nicht danach, wer von ihnen Arbeiter SPD oder KGD-Mitglied, wer freigezwungen, arbeitslos oder in der KGD organisiert ist. Sie stehen allen ihren Wohlthätern gegenüber den Lohn, als sie verschleudern die Arbeitsbedingungen für alle!

Und jetzt steht wie ein Warnungssignal der schändliche Streikbruch der reformistischen Logen vor der gesamten Arbeiterklasse, wie er auf der Suche nach Sieg bei den Zeichen von diesen Logen des Unternehmertums organisiert wurde. Niemand darf es wieder vornehmen, daß sich die Proleten in den Hammerkämpfen dazu mißbrauchen lassen von ihren Führern, daß sie ihren in der selben Gewerkschaft organisierten Klassenführern bei den jetzt kommenden schweren Kämpfen in den Händen fallen. In diesen Kämpfen muß und wird die von der

Die Arbeiter beschließen selbst

Massenarbeit für „Klassenkampf“-Werbung

Halle, den 2. Mai.
Am 1. Mai waren in Rostock und Bitterfeld ausgezeichnete Kundgebungen, wo folgender einstimmiger Beschluß gefaßt wurde:

1. Mai Kampftag des revolutionären Proletariats! Wir Arbeiter erklären heute allen Gegnern der roten Einheitsfront und ihrer Presse den härtesten Kampf.

Wir beschließen, daß die kommunistische Partei im Monat Mai mit aller Kraft eine Werbeaktion für neue Parteimitglieder und Helfer für „Klassenkampf“ und „Rotes Echo“ durchführt.

Wir sind stolz, daß die Werbeaktion in revolutionären Wettbewerben mit der Zeitung der Arbeiter „Urali Khabotshi“ erfolgt und verpflichten uns, im Monat Mai 40 „Klassenkampf“-Hefen, 100 Hefen „Rotes Echo“ neu zu gewinnen.

Unsere Arbeit geht unter der Losung: „Urali Khabotshi — wir kämpfen!“ Wir fordern, daß das Werbeziel, der heftigste Kampf um die Arbeiter der Betriebe, durch eine Delegation, die drei besten Werber des Bezirks, dem Sowjetproletariat überreicht wird.

In Rostock wurde in der öffentlichen Kundgebung das Werbeziel von 10 „Klassenkampf“ und 20 „Rotes Echo“-Hefen beschlossen.

II geworbene Abonnenten sind der Beweis, daß die Arbeiter die erfolgreichsten Kampfer gegen die Presse der Arbeiterfront im Monat Mai begonnen hat.

Betriebe, Parteizellen an die Arbeit! Sendet eure Meldungen über die Erfolge, im Kampf gegen die Presse der Arbeiterfront!

dafür gefaßt, daß die verheerenden Wirkungen der Krümpel aus dem Bitterfelder Graben weiter sehr schnell in Mansfeld bekannt wurden. Der Widerstand zur sofortigen Einführung des Krümpelgesetzes in Mansfeld wäre zu einheitlich und zu stark geworden.

Genüß, ein erster Erfolg unseres Kampfes gegen die neuen kapitalistischen Rettungsversuche auf Kosten der Arbeiterfront. So wie wir den Kampf gegen die Subventionen, die von den Nazis bis zur SPD unterstützt wurde, führten, so werden wir auch gegen die neuen kapitalistischen Rettungsversuche in aller Schärfe ankämpfen.

Wie war es denn bei den Subventionen der Mansfeld-WG? Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Franten, auch ein Subventionsbewilliger, auch einer von den SPD-Freiwählern, die bei Wahlen in hundert Millionen an Staatszuschüssen bemühten, vertritt in den Verhandlungen zur Preußenwahl die Lage der kommunikativen Abgeordnete. Dito Schlag bei den Verhandlungen über die Mansfeld-Subventionen nicht ein Wort gesagt und damit seine Zustimmung auch zum Ausdruck gebracht habe. Franten hat selbstverständlich bewußt gelogen. Wahr ist nämlich, daß der Genosse Schlag sofort grundtätig die Parteipolitik aufgerollt hat und gleichzeitig die härteste Kampfanlage an die Mansfeld-WG in seinen Ausführungen machte. Zum Beweise dessen lassen wir auszugsweise das Protokoll jener Sitzung sprechen, in dem Schlag als Kommunist eindeutig und klar die Subventionspolitik abgelehnt, aber der „linke“ Sozialist Franten, der heute bewußte Lügen verbreitet, zu allem geschwiegen hat. Wir zitieren aus dem Protokoll der Hauptausführung des Preussischen Landtages vom 20. Mai 1930 die nachfolgenden Ausführungen unseres Genossen Schlag:

„Die wirtschaftliche Lage“, wie sie Müller, der SPD-Abgeordnete, bezeichnet, ist eine Folge dieses kapitalistischen Systems. Wenn Müller sich wundern über die Höhe des Lohnabbaus von 12 bis 15 Prozent und erklärt, das sei in Deutschland noch nicht vorgekommen, so verweist ich auf das Stahlwerk Beder und die Nordwest-Gruppe. Die Lohnabbauforderungen der Mansfeld-WG liegt in der allgemeinen Generallösung des Unternehmens, die dem Arbeiter willige Unterstützung durch die Gewerkschaften erhält. Subventionen sollen gesahnt werden auf Kosten der Steuerzahler und des Reiches, um weiter zu rationalisieren, die Hörsen abzubauen und Tausende von Bergarbeitern zu entlassen.

Die Mansfeld-Arbeiter wissen, daß, wenn heute hier verhandelt wird, sie von diesem Hauptauschuss und Landtag nichts zu erwarten haben. Der Mansfelder Arbeiter ist neben dem mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter der ausgebeutete Mann im Reich. Der Durchschnittslohn beträgt im einstündigen Tage 5,80 bis 6,00 Reichsmark. Ein Arbeiter von 16 bis 19 Jahren, der bei ständiger Arbeitszeit mit 15 bis 20 M. nach Hause gehen.

1928 wurde im Mansfelder Land durch eine Untersuchungskommission des Wohlfahrtsministeriums festgestellt, daß dauernd 8-10 Prozent Arbeiter erwerbsunfähig und krank liegen. Unter den Kindern wüthet Malaria und Tuberkulose, 60-70 Prozent der Kinder der Bergarbeiter sind unterernährt. Ministerpräsident Dr. Seeger erklärte in einer früheren Ansprache über Mansfeld, einen derartigsten Zustand noch nicht gegeben angetroffen zu haben.

Wir erklären von der kommunistischen Fraktion, an diesem Mansfeld sind die niedrigen Löhne, lange anstrengende gesundheitsgefährliche Arbeit, Erwerbslosigkeit und die Hauptursachen dieser Verhältnisse, die durch den Lohnabbau noch schlimmer werden.

Mansfeld ist die Kupferbasis des deutschen Imperialismus. Der Angriff auf den Mansfelder Arbeiter wird sich auf die Braunkohlenarbeiter und die der chemischen Industrie ausdehnen.

Wenn aus dem Notprogramm zu ersehen ist, daß die Mansfeld-WG infolge des Sturzes der Kupferpreise einen jährlichen Verlust von über 11 Millionen Mark zu verzeichnen hat, was für ungeheure Gewinne hat dagegen die Mansfeld-WG in den letzten Jahren von 1928-1930 gehabt?

Wir werden offen mit den Mansfelder Arbeitern sprechen. Sie müssen gegen unsern Antrag den Kampf für den 7. und 8. Stunden-Tage bei vollem Lohnausgleich mit uns führen. Nicht der Mansfeld-WG, sondern den Mansfelder Bergarbeitern muß geholfen werden.

400 Millionen Mark Verlust des Reiches bei der Sanierungsaktion der Renten auf Kosten der Steuerzahler. Die Rationalisierung war eine Lüge — gegen die kapitalistischen Quacksalber.

Die sozialdemokratischen Subventionenbewilliger müssen verstanden, um ihre Unterstützungspolitik des kapitalistischen Staates zu verwerfen. Diese Zusammenhänge gibt es bei sozialdemokratischen Arbeitern in den Betrieben aufzuklären und sie für den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise, für den Kampf für die rote Einheitsfront unter Führung der KPD und der kommunistischen Partei zu gewinnen.

Jungkommunisten Mitteldeutschlands!

Am 1. Mai beginnt der revolutionäre Wettbewerb unseres Bezirks mit den Jungkommunisten des Bezirks Thüringen. Der Beginn des Wettbewerbs am Weltkämpfer der Arbeiterklasse und ein wichtiger Aufschwung zu einer großen Offensive unseres Verbandes im Kampf gegen Krieg, Faschismus und Arbeitslosigkeit werden. Der Krieg Japans gegen die Sowjetunion steht auf der Tagesordnung. Der imperialistische Krieg um den einzigen Arbeiterstaat der Welt wird immer mehr geschloffen. In Deutschland und insbesondere in der mitteldeutschen Chemiebetriebe wird mit Sogdruck an der Herstellung von Kriegsmaterialien gearbeitet. Durch den schließlichen Zwangsimport und die Arbeitsdienstpflicht für die proletarische Jugend militärisiert und schließt sich. Die Bourgeoisie bereitet neue Schläge gegen den KPD und das Verbot unseres Jugendverbandes vor.



Reichsbwehr läßt Gasangriff — gegen wen?

Zugleich werden in den Betrieben die Hörsen abgebaut, werden den Jungberufen die letzten Pfennige der Unterfügung geraubt und die Unterbreitung und die Ausbeutung in den Betrieben und durch Zwangsarbeit verstärkt.

Der Krieg im Fernen Osten und die Kriegsvorbereitungen in Deutschland, die Erhaltung der faschistischen Front und die Einführung der Arbeitsdienstpflicht erfordern höchste Aktivität jedes Jungkommunisten zur Formierung der geliebten Arbeiterfront der proletarischen Jugend. Jetzt ist die Mobilisierung aller Jungkommunisten und der Mitglieder aller revolutionären Jugend- und Arbeiterorganisationen und aller kampfbereiten Jungarbeiter äußerster Notwendigkeit. Jetzt alle Kräfte auf die entscheidenden Betriebe konzentrieren, um sie zu roten Burgen zu machen, Stellung an die Spitze der Jungarbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen und organisieren und führt ihren Kampf gegen die Hunger- und Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie.

Wir müssen tausende Jungproleten für unseren Verband gewinnen.

Steht den sozialfaschistischen Führern die verächtliche Maske von Geschick und nicht die sozialdemokratischen Jungarbeiter und Junggewerkschaftler in die revolutionäre Kampffront ein. Führt einen hartnäckigen Kampf zur Zurückgewinnung der echten proletarischen Elemente aus den faschistischen Organisationen.

In dieser Linie gilt es den revolutionären Wettbewerb als ein Mittel zur schärfsten Erhellung unserer gemeinsamen Aufgaben durchzuführen. Von der zeitlichen Ausdehnung der Aufgaben hängt wesentlich viel für die gesamte Arbeiterklasse ab. Deshalb muß jeder Jungkommunist ein Strohglöckchen sein. Jeder Jungkommunist ein Führer und Organisator der proletarischen Jugend. Bringt die Junge Garde an die Spitze der proletarischen Jugend heran. Konzentriert tagtäglich, es jede einzelne Minute ausreißt wird. Wir müssen als Jungkommunisten Mitteldeutschlands durch eine beispielgebende Schweißarbeit, revolutionäre Tätigkeit zum Sieg im revolutionären Wettbewerb werden.

Sie ran an die Massen! hinein in die Betriebe!

BC des KPD Halle-Merseburg.

So wird die rote Einheitsfront hergestellt

Die Beispiele von Bernau, Eberswalde, Barneberg

Es genügt nicht, lediglich von der Herstellung der roten Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen imperialistischen Krieg, gegen Faschismus und Lohnraub zu reden, sondern es ist nötig, mit wirklichem Ernst an diese Aufgabe praktisch heranzugehen. Einige gute Beispiele geben gemeinsame Kampfdemonstrationen in einigen Städten am 1. Mai.

In Bernau, vor den Toren Berlins, gingen die Nazis mit Meilern und Revolvern gegen Kommunisten und Reichsbannerarbeiter vor. In Bernau verlangte der Bürgermeister von der Gewerkschaft, daß sie für die Wohlfrühthätigkeit noch Pflichtarbeit leisten sollen. Die Arbeiter von Bernau diskutierten die beiden Fragen, die für ihren Ort das Tagesinteresse der Arbeiter waren. Die Kommunisten brachten in der Sitzung des Gewerkschaftsrates die Dinge zur Sprache und machten dort den Arbeitern den Vorschlag, die rote Einheitsfront gegen Faschismus und Unterdrückungsraub zu schließen und am 1. Mai gemeinsam zu demonstrieren, es wurde ein Komitee gewählt, dem sieben SPD- und ein KPD-Genosse angehörten.

Eisenbahner gegen jede Entlassung

(Eig. Ber.) Dresden, 2. Mai.

Die Belegschaft der Reichsbahndienststellen von Heidenau (Sachsen) nahm in einer Betriebsversammlung am 27. April zu den geplanten Kündigungen und Entlassungen von Reichsbahnarbeitern Stellung. Die Versammlung beschloß, die Schritte des Betriebs- und Beamtenräte, sofortige Schritte gegen diese Maßnahmen einzuleiten und beschloß, jede Entlassung mit Kampfmaßnahmen zu beantworten.

gehörten. In einer abgehaltenen Massenversammlung waren Kommunisten, Reichsbanner, Hammerkämpfer und Parteimitglieder erschienen. Genosse Walter Ulbricht begründete dort die von der KPD angeführten Kampfmaßnahmen. Die Bernauer Arbeiter stimmten den Forderungen begeistert zu.

Am 1. Mai demonstrierten die Arbeiter, Reichsbannerkämpfer und Parteimitglieder in Bernau für die Forderung des Verbotes des KPD, Hammerkämpfer zu fordern. In Bernau freilich die Pflichtarbeiter unter Führung einer gemeinsamen Streikleitung von Kommunisten, Reichsbanner, SPD-Arbeitern und Parteimitgliedern.

Diese rote Einheitsfront von Bernau wurde im Kampfe geschmiedet und das ist das Bedeutendste.

Wahrscheinlich in Eberswalde; hier beschloßen die Mitglieder von Arbeiterfront, am 1. Mai mit der KPD gemeinsam zu demonstrieren und leiteten den Vorlauf des Betriebs, ein „Streiktag“ zu machen, mit Entlassung ab.

An unsere Arbeiterkorrespondenten!

Die Wahlen sind vorbei. An die Stelle der Wahlreden, der Mobilisierung mit dem Stimmzettel muß jetzt die anparlamentarische Massenmobilisierung, die konkrete Organisation für den Streik treten. Die Arbeiterkorrespondenten haben die Aufgabe, alle Kräfte zusammenzuführen und in der Mobilisierung ihren Mut zu zeigen und sich für die Fortsetzung unserer Aufgaben in der verführten Durchführung der Generalstreik der Partei.

Überall in den Betrieben, Stempelstellen, in den Arbeiterquartieren sind politische Diskussionen im Gange. Wir bitten euch, Genossen Arbeiterkorrespondenten, wir bitten unsere roten Wahlkämpfer und Wähler, nach Möglichkeit und unabhängig zu berichten, was ihr selbst und was die anderen über die kommenden politischen Ereignisse denken.

Was nun, was tun die Kommunisten? Was wollen sie tun, was erwartet das Proletariat von ihnen?

Schreibt uns sofort eure Meinung, entsetzt die Diskussion, stellt euch für damit die rote Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg!

In Barneberg, einem Bergarbeiterdorf im Bezirk Magdeburg, demonstrierten die SPD-Arbeiter, die Spatler und die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften mit der KPD. Ein A. O. M. U. M. U. sprach. Die SPD-Arbeiter stimmten keinen Ausführungen zu.

Es gibt in Deutschland tausende Bernaus, wo die Herstellung der roten Einheitsfront des Proletariats möglich ist. Wir müssen sie schaffen.

Ungeheuerliche Zuschaustrafen gegen „rote Keiler“ beantragt

(Eig. Bericht.) Leipzig, 2. Mai.

Heute stellte der Oberreichsanwalt im Prozeß gegen die „roten Keiler“ von Rüttenau ungeheuerliche Strafentwürfe: Für den Arbeiter Schulz, dem er Überzeugungsstrafe abspürte, wurden 3 Jahre Zuschaustrafe, gegen den Oberleitenden Feißer 2 Monate 2 Wochen Gefängnis beantragt. Für die anderen Angeklagten wurden Zuschaustrafen von 3 Jahren bis zu 1 Jahr 6 Monaten abwärts beantragt. Für den Dreher Ostar Weich wurde Freispruch beantragt.

Gewalttätige Befehle Danzigs durch Polen geplant?

Zwei englische Blätter, „Daily Herald“ und „Daily Express“, bringen sensationelle Meldungen über einen politischen Plan, Danzig in der Nacht zum 1. Mai vollkommen in polnischen Besitz zu nehmen. Frankreich soll sich im letzten Augenblick gegen diesen Plan erklären haben. Man hätte in Danzig befürchtet, daß polnische Kriegsschiffe aus Gdingen am Sonntag in Danziger Hafen einströmen und die Befehle Danzigs veranlassen würden. Der polnische Korridor ist vollständig mit polnischen Truppen besetzt.

Diese Nachrichten über Danzig sind ebenso wie der litauische Gewaltstreik in Memel ein Alarmzeichen an das deutsche Proletariat, seinen Kampf um die soziale und nationale Befreiung der deutschen Vorkriegsbevölkerung zu steigern, weil nur in einem freien sozialistischen Räte Deutschland die Grenzen des Landes und die nationale Freiheit gesichert sind.

Maiverbote unwirksam!

(Eig. Meldung.) Berlin, 2. Mai.

Im sozialdemokratisch regierten Anhalt waren Maiverbote und Kundgebungen unter freiem Himmel verboten. In Dessau hatte die Sozialdemokratische Partei für die Formierung einer Kundgebung nach dem „Anhalt“ einberufen. Die Kundgebung wurde von den Sozialdemokraten in Anhalt, die sich nicht schloß, war. Die Sozialdemokraten der KPD trugen und mit den SPD-Arbeitern diskutierten. Nach Schluß der Versammlung bildeten sich ebenfalls harte Demonstrationsgruppen. Schließlich formierte sich ein Demonstrationszug, der länger als eine halbe Stunde und durch die Straßen zog. Dann hielt ein Arbeiter eine Schlußansprache. Erst nach der Auflösung erschien die Polizei. Ganz Dessau spricht von dieser Demonstration.

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 1. Mai.

Schon am Sonnabend haben hundert in den einzelnen Stadtteilen keine Demonstrationen, die durch Transparente gegen das Demonstrierungsverbot am 1. Mai protestieren.

In Detmold steht eine neue Anwaltschaftsbesetzung bevor. Um sie aufzuklären, sind neue einmündige Einbürgerungen erteilt worden.

In England ist die Zahl der Wahlberechtigtenverweigerung gegenüber dem Vorschlag um etwa 11 Prozent gestiegen.

3 Jahre sozialistischer Wettbewerb

Der Dynamo der Massen

Moskau, 30. April.

Das Proletariat und die Bauernschaft der Sowjetunion feiern die dreijährige Jubiläum der Entlassung des sozialistischen Wettbewerbs, zu welchem die 16. Parteikonferenz die Wettbewerbsaufrufe. In diesen drei Jahren erglitz die Idee des sozialistischen Wettbewerbs, die 2. in zum ersten Male in seinem Artikel „Wie organisiert man Wettbewerbe“ darlegte, breite Massen der Werktätigen in Stadt und Land und wurde zur mächtigsten Kraft, zur wichtigsten Grundlage der Organisierung der sozialistischen Arbeit in der Sowjetunion, zum Dynamo der Massen, der bereits so gemaltige Werke schuf.

An Stelle der bürgerlichen Konkurrenz, die ein Mittel zur Vernichtung des Schwächeren durch die Stärkeren darstellt, legte das Proletariat der Sowjetunion unter Führung der Partei Lenin die sozialistischen Wettbewerbe untereinander, ganzer Schichten untereinander und Betriebe Wettbewerber dient nicht zur Unterdrückung der Schwächeren, sondern im Gegenteil zur Anspornung, es den Besten, den Fortgeschrittenen gleich zu tun. Er entwickelt im Proletariat und in jedem einzelnen Proletariat die schlummernden schöpferischen Kräfte und organisiert das gesamte Proletariat zu einer einzigen geschlossenen Stoßtruppe zum Aufbau des Sozialismus.

Heute sind bereits 64 Prozent aller Werktätigen der Sowjetunion — eine Armee von rund 12 Millionen — im sozialistischen Wettbewerb erfasst.

Das Moskauer Proletariat und mit ihm die Werktätigen der gesamten Union und der ganzen Welt sehen am Tage der Dreijährfeier der sozialistischen Wettbewerbe handgreiflich die neue Verkörperung des Wettbewerbs aus Stahl, Glas und Eisen vor sich — die Fabrikrielen, die loschen mit der Produktion begonnen haben.

Einer von ihnen ist die „Fräser“, größte Werkzeugfabrik Europas. An der Peripherie Moskaus wuchs auf dem Felde in kurzer Zeit ein riesiger Komplex von Fabrikabteilungen. Das Hauptgebäude, in welchem die wichtigsten Produktionsanlagen liegen, nimmt eine Fläche von 25 000 Quadratmetern ein. Der „Fräser“ beginnt sofort mit der Massenproduktion von Schneidinstrumenten und wird nach voller Inbetriebnahme aller Abteilungen jährlich 10 Millionen Bohrter, 1 Million Fräser, 1 Millionen Reibmaschinen und verschiedene andere Instrumente herstellen, im Werte von über 50 Millionen Rubel (sämtliche Werkzeugbetriebe der Sowjetunion erzeugen augenblicklich für 35 Millionen Rubel jährlich). „Fräser“ gibt 7000 Arbeitern, Ingenieuren und Techniker Brot und Arbeit, davon 2500 hochqualifizierten Kräften. Der Betrieb wird die sozialistische Sowjetunion unabhängig machen von Import von Werkzeugen aus den kapitalistischen Ländern.

Die Belegschaft zeigte Mithraschöpfen von Arbeitseifer und vorbildlichen sozialistischen Wettbewerb, wodurch ein rasches Tempo des Baus ermöglicht wurde. Die Parteikommunisten, die von einer kleinen Gruppe von 40 Arbeitern auf 250, und der Komolom, der von 16 zu Beginn des Baus auf 1 000 wuchs, schweißte die Arbeiter im Kampf um das Reformtempo kein Rau, und dann um die rasche Erwerbung komplizierterer Maschinen und die Bedienung der vielseitigen Automaten, zusammen. Der Betrieb „Fräser“, der sich ehrenvoll etabliert in die Reihe der jüngsten Ergründungen des sozialistischen Aufbaus, beweist erneut, daß für die Werktätigen keine Hemmnisse unüberwindlich, keine Fesseln unheimlich, ist, wenn die Bourgeoisie vertreiben ist und die Arbeiterklasse mit ihrer kommunistischen Partei an der Spitze herrscht.

„Fräser“ wird die Sowjetbetriebe mit eigenen Werkzeugen besser Qualität beliefern und somit ein weiterer Riesenritt zur Stärkung der Arbeitermacht, zum Aufbau des Sozialismus, getan sein.

Chauffeurstreik in Stockholm

Stockholm, 2. Mai. Sämtliche Stockholmer Taxidautos sind in den Streik getreten, nachdem die Schlichtungsbehörde längere gescheitert waren. An dem Streik sind 1700 Chauffeurs beteiligt.

Fräulein führt Krieg
von Emma P. Dornberger

19. Fortsetzung.

Ein kleines Zettelchen, zierlich und geschmackvoll, gab darüber Auskunft. Sie näher sie jedoch ihrer Wohnung, dem Arbeiterort, entgegenkam, um so mehr vermehren sich die Gesandte, in deren Schaulustiger Schilder wurden mit dem Text:

„Waren nur gegen Bezugsgeld“

oder —

„Ansoverlauf!“

Die Bittere und Eiergeiseltäre waren geschlossen. An manchen hing draußen ein Schild:

„Wasser wieder am Mittwoch!“

Luis empfand diese Gegenstände bitter. Eigentlich wunderte sie sich, daß sie davon so überhäuft war. Waren diese Gegenstände nicht immer da? Stief man nicht überall mit der Nase darauf? Ja, — und merkten die anderen das gar nicht?

Die Reichen, die in der Etappe in geschützten sicheren Wohnhäusern, weit hinter der Front, von Luxus umgeben haften, die Offiziere, die ihre Tage mit Reizehikanerren, Treffen und Saufen verbrachten, die „Anabömmelnden“, die Schieber, die hier in der Heimat alles kaufen konnten, was ihr Herz und Magen begehrte, — das waren die wirtlichen Feinde. Luis zeigte heulen können vor Mut, daß sie so ohnmächtig war.

Die Arbeiterstreikende war bald vorgehen, bis sie vor ihrem Hause anlangte. Sie stieg die vier Treppen hinauf, langsam, mit dem schweren Koffer. Sie hielt sich das Herz. Es klopfte laut.

Wie würde die Mutter aussehen? Der Vater, die Geschwister? — Gleich wird sie mit der Mutter einlaufen gehen! Gleich werden sich alle freuen, daß sie so viel Geld nach Hause brachte!

Als sie ins Zimmer trat, gab es einen kleinen Schred. Der

Antikriegsmärsche im Fernen Osten

Tokio, 2. Mai. Der von der Polizei gestattete Maiaumarsch der Sozialdemokratie in Tokio, die für den imperialistischen Krieg, für die Annexion der Mandchurie, für die kriegsverbrecherische japanische Regierung eintritt, wurde von 5000 Polizisten geschildert. Trotzdem gelang es den illegal unter schwierigen Bedingungen arbeitenden Kommunisten, an verschiedenen Punkten starke Protestmärsche zu organisieren. Rote Fahnen und Transparente mit Losungen gegen den Rußkrieg, für die Sowjetunion, für den Sozialismus wurden entrollt. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden zwanzig Arbeiter verletzt und über 300 Revolutionäre verhaftet.

25 Kommunisten hingerichtet — aber die Massen marschieren

Schanghai, 2. Mai. Die blutbesteckte Komintang hatte sich eine besondere Schändlichkeit ausgedacht: In

Brüg im Zeichen der roten Einheit

Brüg, 2. Mai. In der Bischofskathedrale, der Klosterräume des teigverbrecherischen französischen Imperialismus, waren die Maidandgebungen der Kommunisten überall viel häufiger besucht, als im vergangenen Jahr. In Brüg war unsere Demonstration häufiger als die sozialdemokratische.

Im Nordwest belgischen Industriegebiet, dem Gebiet des gigantischen Bergarbeiterlagers, fanden die Maidandgebungen vollkommen unter dem Zeichen des Zusammenstießes der Werktätigen unter revolutionärer Führung. In Brüg besetzten zwei Arbeiter der kommunistischen Partei, ein alter sozialdemokratischer Arbeiter, ein altes sozialistisches Betriebsrat und ein Mitglied der Studentenliga, die Initiative für die Einheitsfront unter revolutionärer Führung. In Brüg, wo die Demonstration ebenfalls vom Zentralratsbüro vorbereitet wurde, marschierten 5000 Arbeiter auf. In Komotau beteiligten sich 5000 Personen. Im Zuge marschierte geschlossen ein sozialdemokratischer Frauenverein mit.

In der Rüstungsstadt Pilsen war die Beteiligung um das dreifache häufiger als im vergangenen Jahr. In der kommunistischen Verammlung sprach ein tschechisch-sozialistischer Stoda-Arbeiter und zwei Sozialdemokraten gegen die Kriegsvorbereitungen der Stoda-Werke.

Riesentundgebungen in Amerika

Newport, 2. Mai. An den Kundgebungen am 1. Mai, deren Hauptzweck: Kampf gegen imperialistischen Krieg war, nahmen eine Million Werktätiger teil. In Newport beteiligten sich am Tage 50 000 Arbeiter trotz Regenwetters, 100 000 Arbeiter bildeten ein begeistertes Spalier. Die Sozialisten konnten zu ihrer Kundgebung nur 6000 Teilnehmer aufziehen. In Detroit bildeten 100 000 Arbeiter Spalier und nahmen am Tage teil. Die Kundgebung in Chicago war die größte, die jemals dort stattfand. In Pittsburg demonstrierten Tausende, in Boston 10 000, in Cleveland 25 000, in Rochester 5000, in Buffalo 3500 (in dieser Stadt bildeten 20 000 Arbeiter Spalier) usw. In Philadelphia nahmen am Tage 25 000 Arbeiter teil; die Polizei griff die Demonstration an, wobei 60 Arbeiter und 10 Polizisten verletzt und ins Krankenhaus gebracht wurden, während 23 Arbeiter verhaftet wurden.

Maniking wurden am Morgen des 1. Mai 25 Kommunisten öffentlich enthauptet.

Die Embodierung der Massen war grenzenlos. In allen Stadtvierteln überfluteten die Demonstranten die Straßen. Polizeibestellungen wurden überannt, zahlreiche Waffengas zu Boden getreten und schwerverletzt. Unter Todesgefahr hielten kommunistische Agitatoren Ansprachen an die Menge. An verschiedenen Punkten wurden rote Banner mit Hammer und Sichel entrollt.

Trotz Polizeiterrror Aufmarsch vor japanischem Konsulat in London

London, 2. Mai. Im Hyde-Park marschierten 15 000 Arbeiter auf. Als Antwort auf den Beschluß des revolutionären Komitees, vor der japanischen Botschaft einen Protestmarsch gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen, war das ganze Viertel mit starken Polizeitruppen abgeperrt. Die Demonstranten durchbrachen die Polizeiketten und drangen bis zum Gebäude vor. Bei den Straßenkämpfen wurden viele Arbeiter und Polizisten verletzt.

Kriegstreiber „Germania“

Das deutsche Regierungsblatt beschuldigt die Sowjetunion der „Drohungen gegen Japan“

Die „Germania“ ist das offizielle Regierungsorgan. Diese Tatsache muß man voranstellen, um zu erkennen, was es heißt, wenn die „Germania“ eine Bestrafung der Lage im Fernen Osten mit der Ueberstürzung verweist: „Wer droht: Rußland oder Japan?“

In den Ausführungen des deutschen Regierungsorgans wird nachgewiesen, daß es in der Sowjetunion eine Gruppe gibt, die „Maßnahmen der Roten Armee gegen das Kowen der japanischen Schutztruppen im Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn“ und „Drohungen gegen Japan“ fordert.

Die „Germania“ verurteilt also die Friedenspolitik der Sowjetunion zu distanzieren, der allein es zu verdanken ist, daß wir noch nicht im Weltkrieg sind. Sie feigt sich in der bester Form die Sowjetunion der Kriegstreiber.

Diese Haltung des Regierungsblattes, die die deutschen Arbeiter in helle Empörung versetzt, ist kein Zufall. Sie liegt auf der von Brüning konsequent verfolgten Linie der Annäherung an Frankreich, den Hauptkriegsführer der Welt.

Sozialistischer Ministerpräsident verprügelt

Melbourne, 2. Mai. Die Minister der Sozialdemokratie, auf der der Ministerpräsident Tuncliffe sprach, wurde von Arbeitern gefoltert, die über die Jungparlament der sozialdemokratischen Regierung in heller Empörung sind. Die Arbeiter drangen bis zur Rednertribüne vor und verletzten dem Ministerpräsidenten wie auch anderen bekannten Rednern schallende Ohrspeigen. Ein großer Teil der Menge brach in Beifallrufe aus.

Kurze Auslandsnachrichten

Jerusalem, 2. Mai. Alle bekannten kommunistischen Führer waren in Schutzhaft genommen. Trotzdem bildeten sich in vielen Orten Demonstrationen.

In einem Prozeß Ottawens gegen die deutsche Zeitung der Rigauer Domkirche wurde die Kirchenverwaltung beurteilt, sofort ihre Wohnungen zu räumen. Die von Ottawen widerrechtlich eingeleitete Verwaltung bleibt im Amt.

„Frug“ nicht nach Joleph“, sagte der Vater, „dann kriegt sie wieder zurecht!“

„Joleph? Was ist mit ihm, ihr habt mit solange nichts mehr von ihm geschrieben?“

„Was soll schon sein?“ sagte der Alte in unsicherem, zerbrüchtem Ton, „red“ nur nicht davon, wenn die Mutter da ist, dann heißt sie wieder den ganzen Tag.“

Luis sprang auf: „Ist Joleph verwundet?“

Die Mutter kam ins Zimmer zurück. Hinter ihrem Rücken machte der Vater heftige Zeichen, daß sie nicht fragen sollte; er schüttelte mit dem Kopf und legte die Finger an den Mund. Luis nahm sich zusammen und lächelte der Mutter zu. Die kam zu ihr, trich ihr über das Haar und drückte ihren Kopf an die Brust.

„Kind, Kind, komm, trink Kaffee — ich was! Oder wir wollen doch gleich mal einen ordentlichen Kaffee kochen. Gange haben wir keinen richtigen Kaffee mehr getrunken.“

„Ja, Mutter, ihr müßt nun auch mal wieder richtig essen und wir können doch auch was Ordentliches kaufen, es gibt ja so viel in der Stadt.“

„Ja, Kind, soviel Geld hast du ja mitgebracht. Weißt du, nun kann ich mir doch ein paar Schuhe kaufen ohne Bezugsgeld. Sonst gibt es nämlich nur welche mit Bezugsgeld, die kann ich nicht kaufen. Ich muß schon immer mit den alten Pantoffeln auf die Straße gehen.“

Der Nachmittag ging ja vorbei. Sie oben, tranken Kaffee und erzählten alle möglichen Dinge. Sie waren wieder froh. Aber etwas war da noch. Etwas Unausgesprochenes. Es lag in der Luft. Es lag in den Augen, die plötzlich trauernd in eine Ecke starrten. Luis mußte immer an Joleph denken. Was war mit ihm? Der Vater, das merkte sie, brachte das Gespräch immer auf etwas anderes, wenn es verständig zu werden drohte. Der Name Joleph wurde nicht ausgesprochen.

Am Abend kamen Grete und Maria heim. Grete sah sich und unterernährt aus. Aber die Freude über das Wiedersehen überdeckte rote Tränen auf ihr Gesicht. Luis konnte kaum die Zeit erwarten, bis sie allein mit ihr war. Am Schlafstimmer, wo nach der einige Monate alte Säugling, das Kind Marias, in seinem Korbchen schlief, fragte Luis:

„Aun sag mir endlich, was ist mit Joleph los?lebt er noch?“

Fortsetzung folgt.

Vater ließ irgend was aus der Hand fallen, die Mutter war so überhäuft, daß sie gar kein Wort hervorbringen konnte. Umfonette redeten sie alle durcheinander, als die erste Uebererschung sich gelegt hatte.

„Wo kommt Du so plötzlich her?“ fragte die Mutter. Dabei fiel es Luis auf, daß sie so rote Augen hatte. Hatte sie gemeint? Und kamen ihr schon wieder Tränen? Warum?

Auf dem Tisch stand ein Paket Aufhängung und an dem Nagel eines jeden lag ein Schild Brot. Kaffee war in den Tassen, Kaffee, der wie hellbraunes Wasser auslief.

Mutter erklärte, als sie sah, wie Luis nach dem Tisch karrte, mit einer Geste, die wohl einsehlich sein sollte:

„Wir sind gerade beim Mittagessen — wir müssen uns etwas einrichten!“ Und nochmals entfußend:

„Das Brot, weißt Du, muß noch zwei Tage reifen!“

„Hast Du denn viel Hunger mitgebracht?“ fragte der Vater.

Luis konnte vor Erregung kein Wort herausbringen. Sie schickte ein paar Mal, was mitgebracht Kommibrot, ein Pfund ordentlichen Rind und zwei Pfund Fett aus und legte es auf den Kaffeetisch und zwei Pfund Fett aus und legte es auf den Kaffeetisch. Die Mutter kratzte. Grete nach der Vater das Brot in die Hand, öffnete die Tüte und das Papier, als genüge es nicht, daß er es liegen sah, als müsse er sich erst durch Befehlen überzeugen, daß es wirklich da war.

Langsam kam das Gespräch in Gang.

„Hast Du Arbeit, Vater?“ Der Alte schüttelte mit dem Kopf.

„Mir mich gibt es keine Arbeit mehr“ flüsterte er.

„Er ist immer krank“ sagte die Mutter.

„Die Lunge will nicht mehr. Aber Grete arbeitet in einer Zuderfabrik und Marie noch immer in der Munitionsbude. Sie ernähren uns mit.“

„Und Karl?“

„Karl ist noch freiwillig noch immer in Holland. Wir haben lange nichts mehr von ihm gehört.“

Man merkte der Mutter an, daß sie auf ihre Kation Butter und Brot sehr oft verzichtete. Mutter wußte sich vor Freude gar nicht zu fassen, als Luis ihr die hundert Mark in den Schoß legte.

„Kind, Kind, so viel Geld — so viel Geld, da können wir ja wieder etwas zu essen kaufen ohne Lebensmittellisten!“ Die Mutter ging plötzlich aus der Küche. Luis sah ihr erstarrt nach. Warum ging sie so unheimlich hinaus?

Reformisten und Christen für Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse

Eisenbahner schafft die rote Einheit!

Schaffung eines revolutionären Kampfprogrammes durch die roten Betriebsräte Wählt überall Kampfausschüsse zur Organisierung der roten Gegenoffensive

Einheitsfrontangebot der roten Betriebsräte bei der Deutschen Reichsbahn

(Fig. Ber.) Berlin, 30. April.

Doch es den Anhängern der Revolutionären Gewerkschaftsopposition mit der Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter erst, ist, wie wieder der Verlauf der Sitzung des Hauptbetriebes der Deutschen Reichsbahn vom Donnerstag, dem 28. April. Die roten Betriebsräte beantragten diese Sitzung, um in aller Öffentlichkeit und Öffentlichkeit die Frage der Schaffung der Einheitsfront aller Eisenbahner zu stellen.

Der Hauptbetrieb der Deutschen Reichsbahn besteht in seiner Mehrheit aus reformistischen und christlichen Betriebsräten, die oft mit unbenutzten Mitteln das Auftreten der roten Betriebsräte in den Sitzungen zu hindern versuchen. Allerdings ist jetzt die Stimmung in den großen Massen der Eisenbahner eine solche, daß unsere Kollegen im Hauptbetrieb am Donnerstag ungehindert ihr eingehendes Vorschlag vorbringen konnten. Fast eine Stunde lang sprach der Redner der Opposition über den Weg, den die Eisenbahner gehen müssen.

Die Eisenbahnverwaltung plant einen weiteren Ausbau von 50 000 bis 60 000 Kollegen. Neben diesem Ausbau sollen Feuerstätten in großem Ausmaß eingeführt werden. Zu gleicher Zeit bringt man aber über 40 000 Eisenbahner zu Arbeitszeiten von über 48 bis 60 Stunden in der Woche. Dazu kommt noch, daß die Verwaltung im Begriff ist, in allen Dienststellen, wo im Gebirge gearbeitet wird, die Zeitreduzierungen durchzuführen. In einer Verhandlung mit dem Hauptkomiteat und den Gewerkschaften kündigte die Generaldirektion einen weiteren diesen Lohn- und Gehaltsabbau an. Man verlangt, alles mit der schlechtesten Wirtschaftslage zu begründen. Eben meldet aber die Presse, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft für das Jahr 1931 7 Prozent Dividende auf die Vorkurslinien gezahlt hat, für die höheren Beamten sind die Gehälter höher, für die technischen Beamten, für Bauarbeiter hat die Reichsbahn Millionen übrig. Die Schwerindustrie und ihre Presse bekommen von der Reichsbahn Subventionen und die Arbeiterbewegung wird von der Verwaltungsbürokratie begünstigt. Nur für die Arbeiter und unteren Angestellten ist kein Geld da.

Die roten Betriebsräte schlugen beim Hauptbetrieb ein klar formuliertes Kampfprogramm von 10 Punkten vor. In jeder Dienststelle, in allen unteren Gewerkschaftsstellen sollen Verammlungen der Eisenbahner und -beamten einberufen werden. Überall soll zur drohenden Lage Stellung genommen und organisatorische Voraussetzungen zum Kampf der Eisenbahner geschaffen werden.

In jeder Dienststelle sollen auf breiter Basis Einheitsfrontgruppen ausgebaut und gewählt werden. Der Hauptbetrieb soll sich mit einem diesbezüglichen Aufruf an alle Eisenbahner wenden. Der Entwurf eines solchen Aufrufs wurde von den roten Betriebsräten schriftlich vorgelegt.

Die reformistisch-christliche Mehrheit des Hauptbetriebes lehnte den Vorschlag der roten Betriebsräte ab. Das zeigt, daß die reformistischen und christlichen Betriebsratsmitglieder des Hauptbetriebes genau so wie die Führer der Eisenbahngewerkschaften die Maßnahmen der Hauptverwaltung unterstützen. Wir sind aber überzeugt, daß die großen Massen der Eisenbahner und Beamten, wie auch die Betriebsräte auf den Dienststellen, den Vorschlag der roten Betriebsräte begrüßen. Es ist notwendig, sofort in Versammlungen zum Verhalten des Hauptbetriebes Stellung zu nehmen, es ist notwendig, daß in diesen Versammlungen das Kampfprogramm der roten Betriebsräte zum Gemeingut der Kollegenschaft wird. Das Kampfprogramm muß in die Tat umgesetzt werden!

Graphische Arbeiter schließt die Front

Kämpft gegen Verschlechterungen und Lohnabbau in jedem Betrieb!

Am 28. April im Reichsarbeitsministerium Ratgefundenen letzten Verhandlungen über den Manteltarif in Buchdruckgewerbe sind gescheitert, es droht nun die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches. Am 30. April sollten Verhandlungen über den Lohnstarif stattfinden, sie sind verschoben worden. Ueber die ungeheuren Verschlechterungen, die der Manteltarif-Schiedspruch enthält, schreibt die folgende erschienene Nummer 6 des „Graphischen Bild“ folgendes:

1. Die Ferienbezahlung wird um 30 Prozent gekürzt. Das ist eine erneute Kohlenklausur und die Ferienberechtigten sind während ihrer Ferien zum Jahreslohn und zur Einschränkung ihrer Lebensansprüche verurteilt.
2. Die tägliche Arbeitszeit kann „normal“ in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends liegen. Alle Entschädigungen wegen unzulänglicher Arbeitszeit fallen in diesem Zeitraum weg.
3. Die Anlagensatz für Kurzarbeit wird auf 2 bis 3 Tage verfürzt.
4. Die Unternehmer können noch selbstherrlicher wie bisher die Arbeitszeit auf die einzelnen Wochenlage verteilen.
5. Die Bezahlung für Sonntagsarbeit soll reduziert werden. Statt des bisherigen Stundenanschlages für regelmäßige Sonntagsarbeit, der 90 Prozent betrug, soll nur noch 75 Prozent gezahlt werden.
6. Bei Kurzarbeit verlangte Überstunden sollen, wenn sie innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit liegen, nur mit 10 Prozent Zuschlag bezahlt werden.
7. Alle den Unternehmern von der Schlichtungskammer bewilligten Forderungen bringen den Buchdruckern direkten und indirekten Lohnabbau. Alle reaktionären Bestimmungen des alten

Manteltarifs (3. B. der Friedenspflichtparagraf 32) sind aufrechtzuerhalten worden. Den Unternehmern wurde aber darüber hinaus zugesichert, daß sie noch selbstherrlicher im Betrieb herrschen können.

Somit der „Graphische Bild“. Am 1. Mai soll die 30prozentige Kürzung des Urlaubsgeldes. Bewußt ließ Stegerwald mit der Kürzung der Urlaubsentwöhnung bei den Buchdruckern beginnen. Er hofft, wenn der Widerstand bei den einflussigen „Pionieren der Arbeiterkraft“ besteht ist, daß dann die übrigen Arbeiter auch keinen ernstlichen Widerstand mehr leisten würden.

Es handelt sich um einen Angriff auf den Arbeiterurlaub überhaupt. Schon machen bestimmte Unternehmer im Buchdruckgewerbe den Arbeitern den Vorschlag, den Urlaub selbst freiwillig entprechend der gekürzten Entschädigung zu kürzen. Es ist den Unternehmern notwendig, daß so der Urlaub Schritt für Schritt befristet wird.

In jedem einzelnen Betrieb muß jetzt der Kampf organisiert werden gegen jede Verschlechterung tariflicher und über tariflicher Positionen!

Schließt auch eigene Kampfstellungen in jedem Betrieb!

Schließt das Kampfband mit den Erwerbslosen!

Tretet ein für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, bei vollem Lohnausgleich, um so für die Erwerbslosen neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen!

Dabei nicht länger eine Verbands- und Gruppenleitung, die den Arbeitern auf ihre Forderungen geschrieben hat!

Kämpft gemeinsam mit der RGO-Graphik für eure Forderungen!

Aufbau der Erwerbslosengruppen der RGO

Alle in der RGO organisierten erwerbslosen Kollegen und Genossen von Halle müssen die vom Ortskomitee angelegten Erwerbslosen-Mitgliederversammlungen besuchen. Diefelben finden statt:

Am Dienstag, dem 3. Mai, 16 Uhr, in der Produktiv (Stadteil Zentrum).

Am Mittwoch, dem 4. Mai, 16 Uhr, im Lokal Barisch, Marienstraße (Stadteil Osten).

Am Freitag, dem 6. Mai, 16 Uhr, im Lokal Barisch, Kösterstraße (Stadteil Norden).

Am Montag, dem 9. Mai, 16 Uhr, Lokal Weinrich, Böhlberger Weg (Stadteil Süden).

Das Ortskomitee der RGO.

Achtung, oppositionelle Metallarbeiter Halle
heute, Dienstag, den 3. Mai, 1932 Uhr, findet im Saal der Produktivgenossenschaft eine Sitzung aller oppositionellen Metallarbeiter statt.

Tagesordnung: Die Vorgänge im DMV Halle, Stellungnahme zum Verbandstag.

Alle Betriebs- und Gewerkschaftsfunctionäre, alle in der RGO und RGO organisierten Metallarbeiter, sowie alle parteilosen oppositionellen Metallarbeiterkollegen müssen zu dieser Sitzung erscheinen.

Die Fraktionsleitung des DMV.

Das sind die Anweisungen Stegerwalds!

Lohnabbau und Beseitigung des kollektiven Arbeitsvertrages

Nach den neuen Anweisungen Stegerwalds an die Schlichtungsinstanzen wurde jetzt in der löschigen Papierindustrie ein Schiedspruch gefällt, der der ganzen Arbeiterschaft zeigt, was überall geplant ist und der ein neues schreckliches Alarmglocke bedeutet.

Der Schiedspruch bestimmt nicht nur, daß die Stundenlöhne um 5 bis 6 Pfennig pro Stunde gesenkt werden, er enthält die Bestimmung, daß

„für Betriebe, die sich in besonders schlechten Verhältnissen befinden, ein weiterer betrieblicher Lohnabbau erfolgen kann.“

„Es dazu nicht das „Einverständnis“ der Gewerkschaften vorhanden, so „kann“ durch den Schlichter ein neuer Schiedspruch gefällt werden, der der „besonderen Notlage“ des Betriebes Rechnung trägt.“

Dieser Schiedspruch ist von ungeheurer Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Wird doch hier zum ersten Male die Unabhängigkeit des Tarifvertrages durch eine Bestimmung im Tarif aufgehoben. Es zeigt sich hier, was der Minister Stegerwald mit der Schaffung einer „größeren Flexibilität der Tarifverträge“ meint.

Der kollektive Arbeitsvertrag wird vollständig durchbrochen. Betriebsweise müssen die Unternehmer mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen immer neuen Lohnabbau durchdrücken.

Angesichts dieser Bedrohung ist es notwendig, in jedem Betrieb die breiteste rote Einheitsfront herzustellen. Jedem einfachen SPD-Arbeiter, jedem christlichen Arbeiter muß es jetzt besser als je möglich sein, einzusehen, daß sich jede Belegschaft auf den Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung, um die breiten Forderungen des Tages einigen muß.

Wählt in jedem Betrieb Kampfausschüsse aus aufrechten Kollegen, nehmt überall den Kampf auf!

„Volkstümlich“-Gemeingut aller Raucher,

das sind die rechten Worte für unsere „Juno“!
Und wie erreichte Juno diese Anerkennung? Lediglich durch ihre hervorragende Qualität, die auf gewohnter Höhe zu erhalten, unser Ziel bleibt.

Wer **JUNO** raucht,
weiß, daß sie keine Wertmarken, Gutscheine, oder Stickerereien bringt,
dafür aber absolute Gewähr bietet
für unverminderte Güte und volles Format.



Die einzig Richtige!

Rund um den Erdball

Reportage aus dem „Heiligen Römischen Reich“

Von Tirol nach Abessinien — Der Traum ist ausgeträumt

Um es gleich zu sagen: es handelt sich nicht um Rom. Aber das macht nichts. Das alte „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ hatte schließlich auch nicht in Rom seinen Mittelpunkt. Die Geschichte spielt in zwei Erdteilen: in Tirol, das bekanntlich in Europa liegt und in Abessinien, das einen Kaiser besitzt und sich in Nordafrika, in der Nähe von Äthiopien befindet.

Wer kennt nicht Tirol? Zumindest vom Hörensagen kennt es jeder. Es ist das Land mit den schönen Bergen und mit einer äußerst frommen katholischen Bevölkerung, die darauf achtet, daß die Baderhöfen bei den Kurgästen nicht zu kurz kommen und wo sich die Wirtschaftler in den Händen der Barren befinden. Man sieht, das „Heilige“ ist hier gemeint in einer ganz besonderen Art.

Von Tirol weiß man noch, daß es einmal einen Andreas Hofer besessen hat, von dem das berühmte Lied lautet: „Zu Mantua in Bänden...“ Früher zu Europa gehörte dieses Tirol auch zur Republik Venedig. Hier in diesem heiligen Land Tirol haben die österreichischen Heimwehrschützen ihre Zentrale. Den Bauern geht es in letzter Zeit so schlecht, daß die meisten von ihnen buchstäblich am Verhungern sind. Und je mehr der Faschismus in diesem Ländchen gewachsen ist, desto größer wurde der Hunger.

Nun belagert Tirol zum Glück nicht nur einen berühmten Felden Andreas Hofer, sondern besitzt auch einen Mann namens Andreas Thaler. Dieser Mann Andreas Thaler trägt, wie sein Namensvetter Andreas Hofer, ebenfalls einen langen Bart und war eine zeitlang österreichischer Bundesminister für Landwirtschaft. Er sah die Not seiner Tiroler und sagte folgenden Befehl: Das „Heilige Römische Reich“ muß wieder ersehen. Warum auch nicht? Bleibt nur die Frage wo? Also Erzengel Thaler nahm einen Globus zur Hand und sein Blick fiel auf Abessinien. Er sah dort — auf dem Globus natürlich — unbewohnte Länder und beschloß, auf diesem Gebiet das „Heilige Römische Reich“ ersehen zu lassen.

Gesagt — getan. Erzengel Thaler, mit Vornamen Andreas, begab sich nach Abessinien und nahm gleich mit dem Kaiser von Abessinien Verhandlungen auf. Dieser erklärte sich bereit, ihm für seine Staatsgründung ein Gebiet ungefähre in der fünffachen Größe Österreichs zur Verfügung zu stellen. Mit der frohen Botschaft, eine „neue Welt“ entdeckt zu haben, gemessenmaßen als zweiter Kolumbus, aber mit noch größerem Ziel, lehrte Erzengel nach Tirol zurück und verübte seinen Bauern, daß die Erlösung nahe sei.

Hungernde Menschen sind bereit, überall hinzugehen, wo Aussicht auf Arbeit und Brot winkt — mag es auch in das neu zu gründende „Heilige Römische Reich“ in Abessinien sein. Der österreichische Staat stellte eine gewisse Summe zur Verfügung und Andreas Thaler begab sich mit Kolumbus II. marschierte an der Spitze seiner Bauern nach Abessinien. Schon erkundete er sein „geheiligt“ Auge das alte neue Reich in seiner Pracht und Herrlichkeit. Er sah bereits die Kaiserkrone auf seinem Haupte und es ging jetzt nur die Frage darum, ob Österreich eine Kolonie des römischen Reiches oder dieses römische Reich eine Kolonie, Titols sein wird.

Aber wie sagt man: Andreas denkt und... Als Andreas mit seiner Bauernschaft nach Abessinien kam, stellte sich heraus, daß das

Gebiet, das er zugewiesen bekommen hatte, wohl fünfmal so groß wie Österreich, aber einen kleinen Schönheitsfehler besitzt: es ist nämlich eine Sandwüste. Also lehrte Andreas mit seinen Bauern nach Tirol zurück. Der kleine Ausflug hatte wohl eine hübsche Summe verschlungen, aber was spielt das schon beim österreichischen Staat, der den Dalles im Überflusse besitzt, für eine Rolle?

Gentile Menschen, besonders Staatengründer, lassen sich durch einen „kleinen“ Mißerfolg nicht abbreiten. Andreas Thaler schiffte sich kurze Zeit, nachdem er aus Abessinien zurückgekehrt war, nach Südamerika ein und landete in Brasilien. Auch hier führte

er lange Verhandlungen, die von gleichem „Erfolg“ getront waren, wie die Verhandlungen in Abessinien. Wieder stellte der Staat, dessen Regierung sich in den Händen der Partei befindet, der auch Andreas beim Kolumbus II. angehört, eine Summe zur Verfügung. Wieder wurde der Ozean einige Mal durchquert. Und der Erfolg? Die Familien der ausgewanderten Bauern veräußerten ihre letzte Habe, um ihren Familienhäuptern die Reiseposten zur Rückkehr aus Südamerika zu sichern. Damit hat der große Verlust, das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ in Abessinien oder in Südamerika von neuem ersehen zu lassen, seinen vorläufigen Abschluß gefunden.

Die Geschichte ist insofern von Interesse, als die Kolonialisierungspläne in Deutschland, das sogenannte Arbeitsbeschäftigungsprogramm der Regierung und der Gewerkschaftsführer ungefähr den gleichen Charakter trägt.

Leo.



Die ersten Bilder vom Vulkanausbruch in Südamerika

Links: der Vulkan Descabezado während einer Eruption. Oben: ein Landschaftsbild aus Südamerika, 150 Kilometer vom Schauplatz der Katastrophe entfernt; die Gegend ist mit Aschenstaub überschüttet, so daß man den Eindruck einer Winterlandschaft hat. Unten: in der Stadt Curico in Chile wird die luftbohe Lavaasche, die bis hierher geschleudert wurde, fortgeschafft.

Acht Monteurs bei einem Gerüstesturz schwer verletzt

M. Saarbrücken, 2. Mai. Im Hohenloherwerk Natural in Henjungen (Lothringen) ereignete sich ein schweres Unglück. Auf einem Gerüst waren acht Monteur mit Metallarbeiten beschäftigt. Plötzlich gab die Seile, an denen das Gerüst befestigt war, nach. Die acht Arbeiter fielen in die Tiefe und trugen schwere Verletzungen davon. Nur dem Transport zum Hüftenlazarett erlag einer von ihnen seinen Verletzungen.

Erdbeben begräbt einen Bauernhof

Drei Tote
Paris, 2. Mai. Ein folgenschweres Erdbeben ereignete sich am Sonnabend in der Nähe von Brivas in Südfrankreich. Etwa 300 Kubikmeter Erde rutschten plötzlich ab und begrub einen Bauernhof mit seinem lebenden und toten Inventar unter sich. Die Hofbesitzerin, ihr sechsjähriger Sohn und eine auf Besuch befindliche 16jährige Nichte wurden lebendig begraben und konnten nur noch als Leiche geborgen werden.

Malariafische in Natal

Bis jetzt 1200 Tote
Kapstadt, 2. Mai. Die Bezirke Mongonea und Gshwe in Natal wurden zur Zeit von einer verheerenden Malariafische heimgesucht. Bis jetzt sind etwa 1200 Eingeborene gestorben. Die Missionare haben dringend Chininmengen angefordert, da dieses Heilmittel sehr knapp geworden ist.

Herabgestürzter Felsblock verhindert Eisenbahnverkehr

St. Goar, 2. Mai. Am Sonntag vormittag gegen 8 Uhr stürzte im Eisenbahntunnel der Strecke St. Goar-Dierdorf ein etwa 30 Zentner schwerer Felsblock ab. Kurze Zeit darauf passierte ein Personenzug in Richtung Bingen die Strecke. Er fuhr gegen den Felsblock und schoß ihn zur Seite. Kurze Zeit später kam aus der entgegengesetzten Richtung ein Zug, der auch auf den Felsblock fuhr. Beide Mäxinen wurden stark beschädigt. Der Zugverkehr wurde für einige Stunden lahmgelegt. Personen wurden nicht verletzt.

Wieder Drahtseilanschlag in Ostmedienburg

Gültrow, 2. Mai. In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Laager Landstraße wieder ein Drahtseilanschlag auf einen Kraftwagen verübt. Zwischen dem Telegraphenmasten 36 und 37 hatten die Täter einen starken Koppeldraht gespannt. Als das Postauto Teitzow-Gnosen gegen 23 Uhr gegen den Draht fuhr, wurde der Fahrer mit einem Stein beworfen und eine Schutzscheibe zertrümmert. Durch die Gegenwart des Fahrers wurde ein schweres Unglück verhindert.

Bisher 15 Tote beim Zäunungsglück auf der Philippineninsel Sulu

Neuzer, 2. Mai. Berichten aus Manila zufolge sind dem Zäunungsglück auf der Insel Sulu bisher 15 Tote neben zahlreichen Verletzten und Vermissten zum Opfer gefallen. Die Einwohner der Stadt Jolo, die vollkommen zerstört wurde, kampieren auf der Straße. Hingegen mit Hilfsmitteln sind unterwegs.

Mord und Selbstmord

Hamburg, 2. Mai. Der 28jährige Holzarbeiter Casar Breuer aus Hamburg tötete die 63jährige Margarete Gefe in seiner Wohnung mit einem Rasiermesser durch Halschnitt und verübte dann auf die gleiche Weise Selbstmord.



Künstlicher Kehlkopf ermöglicht Sprechen

In Amerika hat man einen Apparat konstruiert, der es Leuten, die ihre Stimme verloren haben, möglich macht, wieder zu sprechen. Durch das Bewegen der Lippen formen bekanntlich Mund und Zunge die Worte. Eine kleine Röhre, die in Verbindung mit dem künstlichen Kehlkopf steht, wird nun zwischen die Lippen genommen. Der künstliche Kehlkopf, den der Benutzter unter dem Arm hält, macht nun das Gesprochene hörbar.

Schweres Kraftwagenunglück

Drei Tote

Sagen (Westfalen), 2. Mai. Am Sonntagmorgen ereignete sich an der Schwetter Straße ein schweres Kraftwagenunglück. Ein aus Aabel kommender Kraftwagen fuhr in voller Fahrt gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Die vier Insassen, drei Männer und eine Frau aus Herbede, waren auf der Stelle tot, während der Führer mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Hagener Feuerwehr mußte die Trümmer auseinanderschichten. Unter den Toten befinden sich ein Malermeister und ein Polizeibeamter.

Aus Not und Verzweiflung...

Weißburen, 2. Mai. Im benachbarten Hohenbüttel ereignete sich am gestrigen Sonntag eine furchtbare Katastrophe. Ein bei der Holzhackerin Kruse beschäftigter polnischer Arbeiter, dem zum 1. Mai gekündigt war, erschoß seine Arbeitgeberin, verbarrikadierte sich dann auf dem Hausboden und gab auf die ankommenden Landjägerbeamten etwa 100 Schüsse aus einem Militärgewehr, einer Jagdflinte und einer Pistole ab, die jedoch niemand trafen. Die Landjägerbeamten erwiderten das Feuer. Als endlich ein Heberfallkommando aus Schleswig-Holstein eintraf, verübte der Täter Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Schläfe schoß.

Großer Waldbrand bei Potsdam

Potsdam, 2. Mai. Am Sonntag vernichtete ein großer Waldbrand bei Fersch 200 Morgen des Hohenzollern Waldbestandes. Es handelt sich dabei zum größten Teil um 20jährige Eichenjung. In künstlichen Dörfern der Umgebung läuteten die Sturmglöden. 15 Feuerwehren erschienen an der Brandstätte. Sie wurden bei der Löscharbeit von zahlreichen Soldaten und Ausflüglern unterstützt. Mehrere Lokomotiven brachten Speisen und Wasser sehr zu leichten hatten. Aus den Weidiger Heilstätten wurde in Kraftwagen Trinkwasser herangeschafft. Das Feuer ist wahrscheinlich durch die Unachtsamkeit von Ausflüglern entstanden.

Schießerei in einem Düsseldorfer Café

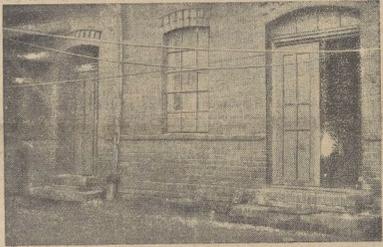
Düsseldorf, 1. Mai. In der Nacht zum Sonntag entstand in einem Café zwischen einigen Artisten und anderen Anwesenden eine Schlägerei, in deren Verlauf der Artist Michael Gammelenberg durch zwei Schüsse schwer verletzt wurde. Der Mann, der die Schüsse abgegeben hatte, wurde festgenommen, ebenso zwei weitere Beteiligten. Die polizeilichen Ermittlungen zur Klärung des Verhältnisses sind im Gange.

„Gesunde Frauen - gesundes Volk“

Das Deutsche Hygiene-Museum Dresden zeigte in Leipzig eine neue Ausstellung: „Gesunde Frauen - gesundes Volk.“

Eine Arbeiterin geht durch die Ausstellung. Sie denkt: „Gesunde Frauen, gesundes Volk.“

In Wohnstätten gedeiht kein gesundes Volk



Die Hofant der Wohnung vom Genossen Burthard in Bittersfeld. Die Bewohner sind stets der Misse und Kälte ausgeglied.

Umgebung pflegen. - „Am Berufsleben ist die gepflegte Frau die erfolgreichere!“

Einige Zehner über die „Bauern“ (es ist nicht gesagt, ob Kleinbauern oder Großbauern) und über die Landarbeiterin.

Der folgende Satz: „Die notwendige Ruhe der Bäuerin wird durch eine Hauspfelegerin gefördert.“

Es ließe sich noch vieles anführen von dieser Ausstellung. Aber das Entscheidende ist: Die Arrangure dieser Ausstellung wissen nichts von der Proletarierfrau.

Die Ausstellung weiß auch nichts von der Existenz der Sowjetunion!

Die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem diese Forderungen erfüllt werden. Dort haben wir wirklich diesen Schutz für Mutter und Kind.

Die Antwort wird gegeben auf dem Reichstagskongress der werktätigen Frauen am 7. und 8. Mai in Berlin.



In 15 Veranstaltungen wurden 7480 Besucher für die kommunistische Presse mobilisiert. Werbt weiter für den „Klassenkampf“:

den Agitator und Organisator gegen den imperialistischen Krieg! Werbt verstärkt für das „Rote Echo“: den Helfer der werktätigen Massen im Kampfe um Freiheit, Arbeit und Brot!

Steigert Kampf gegen die Presse der Arbeiterfeinde Die roten Agitatoren von Halle mobilisieren die werktätigen Massen in Mitteldeutschland für die kommunistische Presse und werben neue Abonnenten:

Mansfelder Kumpels stehen zur roten Front Die Veranstaltung in Stebten war trotz kurzer Vorbereitungszeit sehr gut besucht.

Leuchern wirbt für die rote Presse 450 Personen nahmen an der Presseveranstaltung teil. Zum größten Teil waren es kommunistische Anhänger.

Raumburg vollbringt eine Glanzleistung Von allen Presseveranstaltungen war die Raumburger die beste. Es ist uns gelungen, über den Kreis der kommunistischen Sympathisierenden hinaus an wertvolle Schichten heranzukommen.

Zorgau erneuert im Aufstieg Die Presse-Kundgebung war von rund 400 Personen besucht. Seit einiger Zeit wieder ein überfüllter Saal.

Eilenburg mobilisiert die werktätigen Massen An der Organisierung von Veranstaltungen sind die Eilenburger Parteiarbeiter auf der Höhe.

Gröbers im Saalkreis bleibt rot Die Veranstaltung erbrachte den Beweis, daß selbst in kürzester Frist ein harter Erfolg möglich ist.

Die Presse-Stockbrigade „Rote Agitatoren“ gewann 300 neue Abonnenten. In Stadt und Land steigert die Werbeativität, kocht in den Betrieben vor. „Aralli Kobotshi“, die sowjetrussische Zeitung, wartet auf Antwort. Die 3 besten Werber fahren nach der Sowjetunion!

Das größte Wasserkraftwerk der Sowjetunion in Daghestan im Bau

Im laufenden Jahr beginnt in Daghestan in Sulal der Bau der größten Wasserkraftstation in der Sowjetunion. Die Bohr- und Gebirgsforschungsarbeiten sind schon in Angriff genommen.

Tag Zeit zur Vorbereitung der Presse-Kundgebung. Trotsdem war der Saal sehr stark belegt. Neue Beizer wurden gewonnen. Schändlich organisiert in zwei Tagen überfüllte Veranstaltungen Es war eine glänzende Veranstaltung, die die Schätzbaren Parteiarbeiter in zwei Tagen organisiert. Der Beweis ist erbracht, daß die kommunistische Presse ungeheure Sympathien bei den wertigen Massen hat.

Wie habe ich den Presseabend organisiert? (Vom politischen Zeitungsobmann aus Raumburg) Am die Raumburger Veranstaltung von vornherein nicht zu gefährden und zu einem wirksamen Kampfabend auszugestalten, muß man sich selbst der ungeheuren Mühseligkeit bewußt sein.

Erst bin ich in jede Versammlung der Massenorganisationen gefahren, habe dort kurz über die Bedeutung unserer Presse gesprochen und der Zeitung 40 bis 50 Plakette ausgehändigt.

Auf diese Weise war es möglich, im Vorverkauf circa 400 Plakette umzusetzen, und ohne Kundenzug andauernde Funktionärseisen, ohne Handzettel, ohne Plakate, ohne Zeitungsinsertate, sondern nur durch eigene Initiative und revolutionäre Jähigkeit ein vollbesetztes Haus von 550 bis 600 Besuchern mit glänzender Kampfstimmung zu erreichen.

Stings um die Sulal-Kraftstation werden gemaltige Betriebe des Sulal-Kombinats entstehen. Die notwendigen Stoffe sind in Daghestan und Uzesbeidschan vorhanden.

Das daghestanische Kraftwerk wird auch eine gemaltige technische Basis für die Enttaltung der sozialistischen Landwirtschaft schaffen. Die Ausnutzung der weitrreichenden daghestanischen Stäfte für Wasserkraftanlagen wurde schon vor dem Kriege geplant, aber das politische Regime mit seinen ausländischen Konzessionären konnte dieses Problem nicht lösen.

als anderthalbmal soviel Elektrizität, wie Dnieprostroi, Wolchomskoi und Smirskoi. In der Nähe des Aul Tscherke, der unter Wasser geleitet wird, wird eine elektrifizierte Stadt entstehen und auf 150.000 Hektar des fruchtigsten daghestanischen Bodens werden Baumwolle, Reis und Weizen gezeihen.

Es ist eine Kapazität von 1 Million Kilowatt vorgezehen.



Was ist Arbeitsdienst?

In der letzten Nummer der provinziellstädtischen Landtagszeitung werden Ausführungen gemacht, die zeigen, wie sich die Juncker die Arbeitsdienstpflicht denken und sie für sich auslegen wollen. Es heißt dort:

„Das man 20 Leute, die freiwilligen Arbeitsdienst machen wollen, so kann man von Staats wegen

ausheben, sofern die vorgenommene Arbeit gemeinnützig ist und zu nützlich ist und sie weder als Notwendigkeit noch in freier Arbeitsverhältnisse ausgeführt werden kann — nämlich aus Geldmangel!“

(Es wird jede Arbeit auf den Gütern als „gemeinnützig“ erklärt werden. Vgl. Arbeiterkampf)

Träger der Arbeit ist der, der den Antrag stellt, der den Vorteil der Arbeit hat und weiter nichts sonst zu tun hat, als die geistige Leistung zu geben und vielleicht etwas Material zu stellen.

Träger ist ein Sportzeiter, eine Gemeinde, ein Kreis, der Landbund, ein Reiterverein, also irgend eine juristische Person, die die Allgemeinheit oder eine bestimmte Gruppe von Menschen betrifft.

Träger ist auch ein Sportzeiter, eine Gemeinde, ein Kreis, der Landbund, ein Reiterverein, also irgend eine juristische Person, die die Allgemeinheit oder eine bestimmte Gruppe von Menschen betrifft.

Träger ist auch ein Sportzeiter, eine Gemeinde, ein Kreis, der Landbund, ein Reiterverein, also irgend eine juristische Person, die die Allgemeinheit oder eine bestimmte Gruppe von Menschen betrifft.

Dieser Träger sucht sich also nun die Arbeit. Zwei gute Freunde, die nicht auf den Kopf gefallen sind und die auch sonst in ihrem Kreise etwas gelten, vielleicht auch Kreisvorsitzender des Landbundes, Sonntag früh einmal in den Wagen und sehen sich die Wege an und es macht es ihnen Spaß.

Sie kommen gleich an eine Schafwiese, die voll von großen und kleinen Steinen liegt, welche manchen Grasbüscheln das Leben erschweren, dann kommt ein zahler Kopf, auf dem seit undenklichen Zeiten große Panzen von Feldsteinen liegen, und so sich wohl ein Stückchen Pflanzen lieg, aber die Steine nicht da wären, und unter ist ein efliges Feldweg, der ganz gut mal ein tüchtiges Packlager betragen könnte, damit nicht immer wieder an derselben Stelle eine Jahre umschneit, loben ein tüchtiges Gewitter vor oben gekommen ist und die Geste aufgerissen hat. In anderer Stelle finden sie auch geschwemmte Erden, die an der Gemeindegrenze vorzeigbar sind, und wenn sie durch den Gemeindevorstand selbst fahren, so ist die Sache, die mitführt, in furchbarer Angst, daß der Wagen umstößt. Das ist immer so gemein, und man wird auch diesmal noch heiß darüber kommen. Aber die beiden Freunde werden sich auch das, und im Laufe des Vormittags kommen noch allerlei kleine nützliche Dinge zusammen, und als sie ins Dorf kommen, sind die Feuerherd gerade eine Leubung, aber es ist kaum abzuwarten, bis die beiden Freunde sich wieder auf den Weg machen, weil die früher gemauerte Böhmung so langsam zerfallen ist.

Es gehört selbstverständlich ein gewisser guter Wille und Ueberredungskunst dazu, die in den Gemeinden liegenden Erwerbsstellen zum freiwilligen Arbeitsdienst zu überreden und zu bewegen; daß es aber geht, zeigt uns das Land Thüringen. Die Forderung von 2 Mark werden nur für 2 Leute bezahlt, die noch in der Erwerbslosenliste stehen, die die Anwartschaft hierauf haben, aber kein Geld bekommen, weil sie über 21 Jahre alt sind und sich zu Hause miternähren, für Wohlfahrtszwecke werben. Die Arbeitslose, die sich zum freiwilligen Arbeitsdienst melden, hat einen Vorteil, denn so lange er sich diesen freiwilligen Arbeitsdienst unterstellt, ersucht ihn der Staat, daß er um dieselbe Zeit, allerdings höchstens um 20 Tage nach Beendigung des freiwilligen Arbeitsdienstes wieder länger stempeln kann. In der Hauptstadt melden sich Arbeitslose, die in den letzten Wochen vor dem Ausgesprochenwerden stehen, zum freiwilligen Arbeitsdienst. Sie stehen sich mit 1,50 - 2 M. je Tag zusammen noch ganz leicht auf! und kommen später wieder in den Genuss ihrer vollen Unterpflanzung.

Die Juncker sind gar nicht auf den Kopf gefallen. Arbeiten, die sonst von den Landarbeitern im Winter zu Lasten gemacht wurden, wollen sie jetzt auf Kosten der Steuerzahler (die selbst zahlen keine Steuern) von arbeitsdienstpflichtigen Erwerbslosen machen lassen. Eine Entschädigung von 1,50 im Tag wagen sie noch als „leicht gut“ zu bezeichnen.

Gegen diese Schandpläne gilt es die Einzelkämpfer zwischen Erwerbslosen und Landarbeitern zu stellen. Kein Erwerbsloser darf sich finden, der zu diesen Befreiungen arbeitet. Keiner wird sich fördern lassen wegen 20 Tagen länger Stempel, und die Landarbeiter müssen sich durch Streik zur Wehr setzen dagegen, daß auch ihre Löhne auf diesen Satz von 1,50 Mark pro Tag herabgedrückt werden.

Weißenfels-Zeitz

Die falsche Front von Nazis bis SPD

A. A. Kumburg. Die Stadtbekämpfung war für zwei Tage, 28. und 29. April, vorgezogen. Dieselbe begann mit einer Geheimberatung, in welcher die Beamtenfragen besprochen wurden. Es war ein Gespräch, bei welchem die kleinen Beamten die Leidtragenden waren. Unsere Fraktion hatte Vorschläge gemacht, welche in der Linie der Maßbefreiungen der anderen Parteien lagen, sie wurden aber von allen Parteien abgelehnt.

Als die Stadtbekämpfung beginnen sollte, stellte J. H. J. (SPD) den Antrag, mit den geringfügigen Änderungen, welcher der Antragssteller zustimmte, daß er die Sozialistische Gewerkschaft war mit der Regelung einverstanden, nur hatte er keine Scheinverordnungen. Genosse H. J. H. widersprach und Genosse K. H. J. protestierte auf das schärfste gegen diese Behandlung. Er ging auf mehrere Anträge ein und erklärte, daß die kommunizistische Fraktion der Heftigkeit die Entscheidung des Staats unterbreiten würde.

Der Antrag J. H. J. wurde angenommen und so war der Etat in 5 Minuten fertig.

Die kommunizistische Fraktion hat für Mittwoch, d. 4. Mai, eine öffentliche Einwohnerversammlung einberufen, die im Schützenhaus um 20 Uhr stattfindet.

Einwohner von Naumburg, erscheint in dieser Versammlung, in derselben wird die Fraktion den Etat behandeln und Bericht über die Sitzung geben. Die Zrieder war die Ansicht aller Parteien, ihre Maßbefreiungen durch die Kommunisten erklärt zu sehen.

Schluß des Provinzial-Landtages

Nichts für die werktätigen Massen — Neue Schwindelmanöver der SPD — Organisiert den Massen-kampf gegen wachsendes Elend

A. A. In der Freitag- wie in der Sonnabend-Sitzung des Provinzial-Landtages (die letztere brachte den Abschluß der Tagung) brachten die Kommunisten immer wieder Anträge im Interesse der Werktätigen ein. Das Zutreffen jedes einzelnen Genossen war eine Kampfanlage, die die sozialistischen Parteien. Der Sozialist Baer mochte Ordnungsrufe erteilen, und einzelnen Genossen das Wort entgegen, immer wieder wurden die Kampfparolen von neuem aufgerollt.

Klägliche Haltung der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion, deren Mitglieder fast durch die Bank diese Gemeindefunktionen, Landräte, Stadträte und ähnliche Leute sind, spielen eine überaus klägliche Rolle während der ganzen Tagung. Alle 44 sozialdemokratischen Abgeordneten haben sie den Vorwurf zu machen, daß sie außer dem Sozialistischen Sachverstand, die 44 SPD-er parieren dem Fraktionsvorsitzenden Weber, dem Regierungspräsidenten von Magdeburg, auf jeden Wink.

Das Ganze, was die SPD-Fraktion fertig brachte, war das Einbringen eines ganz demagogischen Antrages auf Arbeitsbeschaffung und war die veraltete Forderung: „Weiterführung des Mittelstandes!“

Die preußische Staatsregierung wurde wieder einmal aufgefordert, ihrerseits die Staatsanleihe zu den Bauarbeiten zur Verfügung zu stellen. Unter Genosse Heßler, Dittich, erklärte die SPD-Demagogie, die seit Jahrzehnten den Mittelstand benehmen wollen.

Den Schwindel der Arbeitsbeschaffung durch die SPD glaubt niemand mehr. Die Kommunisten nahmen Bezug auf ihre eigenen Forderungen auf Arbeitsbeschaffung, wozu der Bau von Straßen, Kinderheimen, Provinzialanstalten, geordnet wird. Die SPD stimmte dem Schwindelantrag der SPD, der durch seine Verlogenheit neu dem Mittelstand in den Massen werden, ist nicht zu. Für den sozialdemokratischen Schwindelantrag stimmten alle bürgerlichen Parteien, auch die Nazis. Was illustriert an besten, was er wert war!

Mit Recht heulte Genosse Heßler, daß nur in einem Sozialdemokratischen Mittelstand, gebaut werden wird.

Eine weitere grüne Entlarvung der Sozialisten erfolgte bei dem Bericht des Ausschusses für Beamten- und Angestelltenfragen. Der Sozialist Baer machte es sich leicht. Er sagte, alle Anträge der SPD-Fraktion werden dem Provinzialausschuß überwiegen, d. h. praktisch scheitern in den Kammern befördert.

Die Kommunisten sind führend

Für die kommunizistische Fraktion sprach Genosse Kühn. Er betonte, daß im Ausschuss für Beamten- und Angestelltenfragen nur die Kommunisten für Beratung und Anträge im Interesse der Organisationsleiter stimmten, während die in diesem Ausschuss sitzenden SPD- und Gemeindefunktionen nicht die geringsten Anträge machten, über die Anträge überhaupt zu sprechen!

Die Rede des Genossen Kühn war eine Abrechnung mit der Politik der Gemeindefunktionen. Der Genosse vertrat auf die eigenen Anträge der Kommunisten: Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in den Provinzialanstalten, sofortige Nachzahlung der durch Notverordnung abgebauten Löhne. Die Forderungen lassen sich nur mit Kampf durchsetzen. Die Arbeiter

und Angestellten in den Provinzialbetrieben müssen das erkennen und den Kampf gegen den Schwindel manöver der SPD aufnehmen.

Der Genosse Gierisch begründete die Gemeindefunktionen und machte Defensivvorwürfe zur Finanzierung derselben: Abbau der hohen Gehälter, Einführung einer Millionsteuer, Streichung der Wagnisrenten für Darlehen, Abbau der Gehältern und sonstigen überhöhten Besoldungen in den Anstalten der Provinz. Von der SPD bis zu den Nazis lobte alles gegen die Anträge der Kommunisten!

Der Genosse Biering forderte als Vertreter der Kleinrentner die Herabsetzung der Beiträge zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, gänzlichen Wegfall der Beiträge für kleine Bauern und Pächtern. Der sehr weitgehende und im Interesse der kleinen Bauern liegende Antrag der Kommunisten wurde von der SPD bis zu den Nazis abgelehnt. Nach Zustimmung derselben stimmten die Kommunisten für einen Antrag der SPD, wonach die Mittelbeiträge auf 2 Mark festgelegt wurden. Ohne die Initiative der SPD wäre auch diese, wenn auch bescheidene Herabsetzung, nicht möglich gewesen. Die SPD sah unter Druck und Drang, besatz diesen Antrag ein.

Manöver des „eisernen Konrad“ verpufft

Zweifelhafte machte der Sozialist Schauburg im Auftrag der SPD-Fraktion ein Manöver zwischen dem Nazi-Spitzen. Wie ein aufgeputzter Trotzkist sprach der „eisernen Konrad“ auf der Rednertribüne und fragte an, ob der Nazi-Abgeordnete Hinfelker derselbe Hinfelker sei, der in Potsdam wohnte und somit in der Provinz Sachsen gar nicht mehr seinen Wohnsitz habe! Der Nazi Hinfelker hat darauf eine Antwort gegeben, die mehr als satirisch war. Sie hieß inhaltsgemäß: „Nun! Ich bin in der Stadt rüber!“

Einwas Praktisches ist bei dem SPD-Vorstoß nicht herausgekommen. Der „eisernen Konrad“ hat die Polizei des Herrn Seering nicht in Bewegung zu setzen vermocht, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Bei einem Kommunisten wird im Handumdrehen festgestellt werden, ob er noch in der Provinz wohnt oder nicht. Die Gasse Schauburgs würde deshalb äußerst überflüssig, was die boote „Vollstahl“-Reaktion natürlich nicht hindert, die Schauburgs als „große Aktion“ darzustellen!

Die Schlußsitzung am Sonnabend brachte nichts wesentlich Neues. Die Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt, die Erhöhungen der Provinzialumlagen wurde gleichfalls abgelehnt. Die Vertreter der einzelnen Parteien machten die Erhöhung der Umlage nicht verantworten, weil sie sich gegen die Staatskommission für die Erhöhung wendeten. Eine kommunale Selbstverwaltung existiert ja sowieso nicht!

Schließlich die rote Einzelkämpfer der Provinz verließen unsere Genossen mit „Aoi Front“-Rufen die Sitzung. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Jald, hielt die Angelegenheit, die genau so trostlos war wie die Erhöhungsrede. Die Tagung des Provinziallandtages war eine Kampfsitzung an alle.

Schließlich die rote Einzelkämpfer in Betrieben und Stempelstellen, schließt das Bündnis mit den wertvollen Bauernmassen und Mittelklassen, kämpft gegen neue Hoffensauspländerei unter Führung der SPD!

Delitzsch-Torgau

SPD - Reisetag in der Alteme

A. A. Kumburg. Die SPD hatte hier zur Frühlingsfeier eine öffentliche Versammlung einberufen. Weil ein Hallischer Genosse zufällig in der Nähe war, besuchte er die Versammlung, um in der Diskussion aufzutreten. Die Hallischer Versammlung der Genossen aus den Gauen zu weisen mit der Begründung, es sei nur eine Einwohnerversammlung für Kumburg. Diskussionshätten hier nichts zu suchen. Weil aber die Versammlungsleiter deutlich zu verstehen gaben, daß sie mit dem kommunizistischen Sprecher ebenfalls den Saal verlassen würden, lagen sich die Hallischen SPD-Genossen, eine Diskussion zu haben. Als Reisetag der SPD sprach ein klägliches Landtagsabgeordneter.

Durch die Diskussion, in der außer dem Genossen aus Halle ein parteiloser Kleinrentner aus Kumburg sprach und die Diskussion der SPD für den Großgrundbesitz entlarvte und offen für die Wahl der Liste 4 aufbereitete, kam der Herr Landtagsabgeordnete in große Verlegenheit.

Schließlich erklärte er, daß diejenigen, die sich nicht entschließen könnten, SPD zu wählen, daß ein kleiner Nazi oder eine andere Partei wählen sollten, sondern dann unbedingt der Liste 4 ihre Stimme geben müßten.

Ungeachtet dieser Hilflosigkeit der SPD gegenüber kommunizistischen und parteilosen Diskussionsteilnehmern ist es erklärlich, daß die SPD es wenn irgend möglich, vermeidet, eine Diskussion zu erlauben. Unsere Aufgabe ist es, überall solche Diskussionen zu erzwängen und die reaktionäre SPD so wie in Kumburg in die Klemme zu treiben und vor den Massen der Zuspörer zu entlarven.

Letzte Kurzmeldungen

Unterstützungen bei der Provinzialverwaltung Merseburg

Nach monatelanger Beantragung sind jetzt die beiden Beamten der Provinzialverwaltung der Provinzialverwaltung Merseburg, Landesoberberufungsbeamter Danneberg und Oberingenieur Tschamin, verheiratet worden. Sie sollen Unterstützungen begangen haben, die jeenerzeit angegebene Summe von 8000 Mark um ein Mehrfaches übersteigen.

Merseburg. Proletarische Leihbücherei. Der Verein Merseburger Bücherfreunde, der sich zur Aufgabe stellt, der gesamten Einwohnerschaft gute proletarische Literatur zugänglich zu machen, hat in der Delitzsch 15 eine Leihbücherei eröffnet. Es werden Werke der bekanntesten proletarischen Schriftsteller geführt, wie Gorki, Barbusse, Upton Sinclair, Jack London, Rudin, Dostojewski, Ferner ist sehr reichhaltige marxistische Literatur, Werke von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, vorhanden. Die Leihgebühr beträgt pro Buch und Woche 10 und 15 Pfennig.

Weißenfels. Scheunendieb. Im benachbarten Weiskirchen brannte die Scheune des Gutbesizers David vollkommen nieder. Von insofern Feuerwehren am Brandplatz erschienen waren, war insofern Wasser mangel dem mangelnden Element nicht bekommen. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Weißenfels. Einbrecher im Konsumverein. In der Verkaufsstelle des Konsumvereins in der Weißenfelschen drangen nachts Diebe ein und stahlen Waren verschiedener Art, deren Wert sich noch nicht übersehen läßt. Die Täter sind unbekannt.

Otto Hoffmann

Am Sonnabend, dem 30. April 1932, vormittags, wurde unter Otto Hoffmann im Alter von 58 Jahren durch den Tod aus unseren Reihen gerissen. Seine ganze Lebenszeit opferte er der revolutionären Arbeiterbewegung.

Durch seine revolutionäre Tätigkeit als Gemeindefunktionär wurde er durch die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung und unter Missbilligung der reformistischen Parteiführung von seiner Funktion als Koch entbunden und schließlich auch verworfen. Diese Maßnahme beinträchtigte seinen Gesundheitszustand sehr.

Wir sichern unseren alten Genossen Otto ein trutes Gedächtnis. Alle Parteigenossen beteiligen sich am Mittwoch um 11 Uhr auf dem Getreidebierhof bei der Einäscherung.

Die Beisetzung in Zimmendorf wird noch rechtzeitig bekanntgegeben. SPD, Ortsgruppe Zimmendorf.

Mansfeld-Sangerhausen

Landarbeiter im Betrieb sind unterstützungsbedürftig

A. A. Bismarck. Einen interessanten Bescheid erhielt ein Erwerbsloser vom Gemeindefunktionär Weise in Bismarck als Antwort auf einen Antrag, in dem er Stellung verlangt hatte:

Bismarck, den 3. April 1932.

Zu Ihrem Antrag vom 11. März 1932.

Die Gemeindeverwaltung erkennt Ihre Notlage an, kann aber bei der finanziellen Notlage nicht eine einmalige Entlohnung nicht denken, da die Gemeinde kaum noch in der Lage ist, die laufenden wöchentlichen Unterstützungen zu zahlen. Da wohl jeder Unterstützungsantrag sich in derselben Notlage befindet, wäre auch jeder derzeitig, gleichen Antrag zu stellen, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, welche hauptsächlich einen Arbeitsdienst von 13 Mark haben, verheiratete Kinder ernähren müssen, könnten gleichen Antrag stellen.

Daß Sie bei fremden Leuten in Logis sind, ist nicht Schuld der Gemeinde.

Aus obigen Gründen kann die Gemeinde dem Antrag nicht statt geben. Gegen diesen Bescheid steht Ihnen binnen 2 Wochen nach Zustellung der Einspruch beim Kreisratsschuß des Mansfelder Seekreises in Eisenberg, durch meine Hand zu.

Der Gemeindefunktionär Weise.

Der Gemeindefunktionär befindet sich, daß die Landarbeiter, die in Arbeit stehen, genau so unterstützungsbedürftig sind wie die Erwerbslosen. Aber er lehnt natürlich als Diener des kapitalistischen Staates diese derartigen Anträge ab. Er spielt Erwerbslose und Landarbeiter gegeneinander aus.

Erwerbslose und Landarbeiter müssen gemeinsam für Erhöhung der Unterstützung und des Lohnes den Kampf vorbereiten.

Der Bund der Freunde der Sowjetunion ruft:

In Wittenberg spricht am Freitag, den 6. Mai, um 20 Uhr, im Tanzspielplatz (Schweizerstraße)

Genosse Erwin Eckert, ehemaliger Pfarrer in Mannheim, über seine Erfahrungen in der Sowjetunion.

MAGGI' Fleischbrühe 5 Würfel (1 Stange nur noch 17 Pfg.)

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstelle: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Postfach 14. Tel.: 210 46 (Hrb.); 210 47 (Berat.)

Die mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Unser Preis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mt. im Zeitl. Bonifanten: Streifen des Sozialistischen Kampfes; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfach 204 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Postfach 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 3. Mai 1932

12. Jahrgang Nr. 103

Bauarbeiter im Streit gegen Lohnraub!

In Halle, Berlin und Leipzig Streiks in roter Einheitsfront unter Führung der KGD — Die Bauarbeiter geben das Signal für die Chemieproleten, für die Gemeindefarbeiter, die Eisenbahner und alle vom Lohnraub Betroffenen — Die reformistischen Streikbruchorganisatoren gegen Kampf — Freigewerkschaftler, laßt euch nicht als Streikbrecher mißbrauchen, schließt rote Einheitsfront

(Eig. Meldung) Halle, 3. Mai.

Am gestrigen Montag traten in Halle die Baubeschäftigten der Firmen Schmidt & Richter und Hoffmann & Ziegler in den Streik. Die Unternehmer hatten am Sonnabend Noverje vorgelegt, daß jeder Bauarbeiter ab 2. Mai zu 80 Pfennig Stundenlohn weiterarbeiten könne. Bis zum 30. April betrug bekanntlich der Lohn 1,03 Mark in der Spitze. Die Streiks stehen unter Führung des roten Verbandes. Es beteiligen sich rote Verbände wie Kollegen, die im KGD organisiert sind, am Streik.

Die im KGD organisierten Kollegen rufen dem Bauern Bauern auf die Straße, um die Entlohnung des Streiks für die Gewerkschaftslogen zu erreichen. Der Bürokrat erklärte:

„Streik kommt gar nicht in Frage. Arbeit für den neuen Lohn weiter, bis der Schiedsspruch gefällt ist. Vorläufig ist es doch noch nicht so weit.“

Und als ihm die Kollegen Vorhaltungen machten, daß die Gewerkschaft gar nicht eingreife, antwortete Bauern: „Wenn es

gungen Arbeiterklasse schließt Einheitsfront erreichen. Wird das verwirklicht werden, was die KGD und die KGD in ihrem Aufruf an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gelegt hat:

„Wir Kommunisten und Mitglieder der KGD und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen, wir erklären: Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“

Bauarbeiter, Chemiearbeiter von Bitterfeld-Rittberg, Gemeindefarbeiter, Eisenbahner, graphische Arbeiter, Landproleten, ihr alle müßt jeden Lohnraub mit Streik beantwortet!

Auch Berliner Bauarbeiter streiken!

(Eig. Drahtl.) Berlin, 3. Mai 1932.

Gestern ist die Belegschaft der Firma Hermann Steubel GmbH auf der Baustelle Struvenhof in Ludwigsfelde bei Berlin in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen einen angebotenen Lohnabbau von 21–28 Prozent.

Bauarbeiterstreik in Leipzig

(Eig. Meldung) Leipzig, 3. Mai.

Am 30. April sind die Bauarbeiter der Firma Peuser, Soh., Zisl, und Weinbau, Leipzig, in den Streik gegen den von den sachlichen Unternehmerverbänden gebotenen Lohnabbau in Höhe von 25 bis 30 Prozent getreten.

Heute morgen stehen auf etwa 16 Baustellen 500 Bauarbeiter

So wird „saniert!“

Halle, 3. Mai.

Zwei kleine Notizen zuvor: Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erklärte gestern, daß bei der Sanierungsaktion für die Renten der Verlust des Reiches etwa 400 Millionen Mark betragen würde.

Der ehemalige sächsische Minister Dr. Wille sprach in Leipzig in einer Verlesung des „Volksbundes für Arbeitsbeschäftigung“ (Das ist auch schon da d. R.) über diesen Vortrag berichtet heute morgen die „Neue Leipziger Zeitung“:

Mit aller würdigen Deutlichkeit gestellte Dr. Wille die Arbeit der Rationalisierung. Sie hat uns 85 Milliarden gekostet und ihre Wirkung war nur eine ungenügende Verstärkung der Arbeitslosigkeit!

Als Ausweg empfiehlt der außer Dienst gestellte Staatsminister die Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Vor einigen Tagen brachte dieselbe Zeitung, der wir dieses Blatt entnehmen, eine ganze Serie hegellierter Artikel für die Durchsetzung der Groenerischen Pläne zur Bildung der nationalen Jugendorganisation, deren Aufgabe Arbeitsdienstpflicht und Militarisierung der Jugend sein soll. Alle sind ich einig, von den Nazis bis zur SPD, daß das der nächste Schritt ist, um weitere Rechtlosmachung des Proletariats und einen weiteren Schritt in der Aufrüstungsstraße durchzuführen.

Aber in diesen Zeilen wollen wir folgendes feststellen: Jetzt geben die Verteidiger der kapitalistischen Rationalisierung den üblichen Kontrast ihrer noch vor wenigen Jahren als Rettung angepriesenen Methode der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu. Neue Rezepte tauchen auf, die nichts anderes sind, als neue raffinierte Ausbeutungsmethoden.

Zu diesen gehört auch das Krümpersystem. Aber die Arbeiterklasse hat sehr wohl begriffen, daß auch das nur ein raffiniertes Mittel ist, um auf ihre Kosten die Profite der Unternehmer sicherzustellen. Und so können es die sozialistischen Einheitsfront dieser kapitalistischen Sitzungssession heute zum Beispiel im Mansfelder Land nicht mehr wagen, das Krümpersystem öffentlich zu empfehlen. Die Kommunisten und die KGD haben

Eisenbahner, aufgepaßt!

Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat ihren Geschäftsbericht für das vergangene Jahr veröffentlicht. Einige dürre Zahlen:

Die Gesamteinnahmen sind um 15,8 Prozent gesunken gegenüber dem Vorjahre.

Die Reserven sind von 528,3 Millionen gesunken bis auf 107 Millionen, also reiflos aufgebraucht.

Der Reingewinn beträgt 75,2 Millionen Mark, er wurde den Rücklagen entnommen, da die geschätzte siebenprozentige Dividende auf die Vorzugsaktien Gruppe A in Höhe von über 1 Milliarde Mark fälliggestellt werden mußte.

Die Einsparungen bei den Gehalts- und Lohn-Einzugungen betrugen im Geschäftsjahr 1931 insgesamt 450 Millionen Mark.

Schon sind weitere Massenentlassungen, Betriebsstilllegungen und Feierschichten bei der Reichsbahn angekündigt. Jetzt gilt es, den entschlossenen Kampf bei der Eisenbahn vorzubereiten. Eisenbahner! Beachtet heute den im Innern unseres Blattes abgedruckten Bericht über die Sitzungen des Hauptbetriebsrat der Reichsbahn, was euch die roten Betriebsräte zu sagen haben!

„Ich nicht mehr paßt in der Organisation, dann geht es über hier!“

Ueber die freche, unerschämte Haltung der Gewerkschaftsbürokraten herrscht die größte Erregung unter den Kollegen. Die Belegschaft einer Baustelle in der Nähe der Reichsbahn forderte das Erscheinen Bauern auf der Baustelle. Bauern sich sagen, daß er nicht hinwäre, denn er ist für Unorganisierte und KGD-Leute nicht ein.

Die Bürokraten des Zimmererverbandes benehmen sich nicht besser als die Baugewerksbundes. Der Angeleitete Peter Böcker wußte längst, was die Blöde geschlagen hatte. Als in der vorigen Woche auf der Baustelle Zeichenstrafen erschienen, ging er zum Bauführer der Firma und unterrichtete diesen, daß 10prozentiger Lohnabbau käme. Der Belegschaft sah er nichts. Der Bauführer mühte dann ausrichten, daß in anderen Städten ein 20prozentiger Lohnabbau durch Schiedsspruch festgestellt sei, daß man also gut daran wäre, wenn „nur“ ein Lohnabbau von 15 Prozent eintritt.

Die I. G. Farben-Aktionäre muten den Chemieproleten einen neuen riesigen Lohnabbau zu, bei dem Eisenbahner sollen Feierschichten eingelegt und Massenentlassungen vorgenommen werden, soll das Gebirge führt, der jetzt schon miferable Lohn weiter verringert wird. Selbst den Landproleten sollen ihre erbärmlichen Löhne verringert werden. Die Kapitalisten fragen nicht danach, wer von ihnen Arbeiter SPD oder KGD-Mitglied, wer freigewerkschaftlich, sich über in der KGD organisiert ist — sie sehen allen im Lohnabbau gemeinsam den Lohn ab, sie verschlechten die Arbeitsbedingungen für alle!

Und jetzt steht wie ein Warnungssignal der schändliche Streikbruch der reformistischen Logen vor den gesamten Arbeiterklasse, wie er auf der Suche Siedler bei Zuschern von diesen Katastrophen des Anterwerkmerismus organisiert wurde. Niemand darf es wieder vorstufen, daß sich die Proleten in den Hammerstaaten da mißbrauchen lassen von ihren Führern, daß sie ihren in den selben Gewerkschaft organisierten Arbeiterklasse bei den jetzt kommenden schweren Kämpfen in den Rücken fallen. In diesen Kämpfen müß und wird die von der



Wieder Sowjetrußen verhaftet

Charbin, 2. Mai.

Zu Charbin verhaftete mandchurische Polizei zwölf Sowjetrußen, Angestellte der Nahrungsmittel, unter der tatsächlichen Beschuldigung, sie hätten sich an der Organisation von illegalen Maidemonstrationen beteiligt. Trotz Protestes des Sowjetkonsuls läßt die mandchurische Regierung die Verhafteten nicht frei, sondern betreibt ihre Aburteilung durch ein mandchurisches Gericht.

1932 in Nanjing

21 — Aufmarsch vor Japans Konsulat in London

Mai. Regierung eintritt, wurde von 5000 Polizisten gestoppt. Trotzdem gelang es den illegal unter japanischen Bedingungen arbeitenden Kommunisten, an verschiedenen Punkten feste Protestaufmärsche zu organisieren. Diese Proteste und Transparente mit Forderungen gegen den Ausbruch, für die Sowjetunion, für den Sozialismus wurden entrollt. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden 20 Arbeiter verletzt und über 300 Revolutionäre verhaftet.

London, 2. Mai.

Zum Hyde-Park marschierten 15 000 Arbeiter auf. Als Antwort auf den Beschluß des revolutionären Nationalrates, vor der japanischen Botschaft einen Protestaufmarsch gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen, war das ganze Viertel mit festen Polizeistuppen abgesperrt. Die Demonstrationen durchbrachen die Polizeiketten und drangen bis zum Gebäude vor.